



Europäische
Kommission

[FRÜHJAHR 2016 ▶ Nr. 56]

panorama

inforegio

▶ Koordinierte Anstrengungen zur Sicherung der Finanzierung

Förderung der Investitionstätigkeit der EU

- ▶ Lebensqualität in Europas Städten
- ▶ Managementinstrument für den Wissensaustausch
- ▶ Überwindung grenzüberschreitender Hindernisse

Regionalpolitik
und Stadtent-
wicklung

▶ EDITORIAL 3

Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik

▶ BESEITIGUNG VON HINDERNISSEN
IN GRENZREGIONEN 4

▶ RUNDERNEUERUNG DER STÄDTISCHEN
RÄUME IN TURIN 6

▶ EUROPÄISCHE STRUKTUR- UND
INVESTITIONSFONDS UND EUROPÄISCHER
FONDS FÜR STRATEGISCHE INVESTITIONEN 8

▶ EHRGEIZIGE ZIELE MIT DER EUSALP 11

▶ TASK FORCE SETZT SICH FÜR BESSERE
NUTZUNG VON EU-MITTELN EIN 14

▶ NOCH AUF DER SUCHE NACH DEM
EXPERTENWISSEN, DAS SIE BRAUCHEN? 16

▶ INTEGRITÄTSPAKTE STÄRKEN KAMPF
GEGEN BETRUG UND KORRUPTION 18

▶ MIT EIGENEN WORTEN 20

▶ UMFRAGE ZEICHNET POSITIVES BILD
VOM STÄDTISCHEN LEBEN IN EUROPA 24

▶ EUROPÄISCHE KOHÄSIONSPOLITIK EIN
WICHTIGER FAKTOR FÜR SPANIENS 32

▶ MESSUNG DES SOZIALEN FORTSCHRITTS 34

▶ DAS „WELTSTÄDTE“-PROJEKT 36

▶ PERSONENVERKEHRSDIENSTE IM BLICK 38

▶ EIN SPAZIERGANG IM GRÜNEN 40

▶ NACHRICHTEN [IN KÜRZE] 42

▶ GRATULATION ZUM JAHRESTAG, IQ-NET! 44

▶ BEISPIELE FÜR PROJEKTE AUS SPANIEN,
DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH,
GRIECHENLAND, LETTLAND/LITAUEN
UND SLOWENIEN/KROATIEN 47

▶ TERMINE 52



Fotos (Seiten):
Titelbild: Urban Barriera
Seiten 2, 6, 7: © Urban Barriera
Seiten 2, 22: © SEUPB
Seiten 2, 48: © SSC
Seiten 2, 51: © MatrixPack
Seiten 3, 4, 15, 17, 18, 36, 42: © Europäische Kommission
Seiten 13, 35, 39, 41: © EuroGraphics Association
for the administrative boundaries
Seite 21: HyWay project/© Pierre Jayet
Seite 23: iStock © Kerstin Waurick
Seiten 44, 45: © IQ-Net
Seite 47: © M. Sanchez
Seite 49: © Jelgava City Council
Seite 50: iStock © Steve Debenport

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer, deutscher, bulgarischer, griechischer, spanischer, italienischer, polnischer und rumänischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im März 2016 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2016

ISSN 1725-8294

© Europäische Union, 2016

Nachdruck und Wiedergabe sind gestattet, sofern dies mit der Quellenangabe erfolgt.

(*) Die Rechte an den betroffenen Bildern werden ausschließlich für die Nutzung im Magazin *Panorama* (Ausgabe 55) und zu keinem anderen Zweck gewährt; im Kontext von *Panorama* 55 und seiner Sprachversionen darf das Bild reproduziert werden – die Reproduktion des Bildes für andere Zwecke ist untersagt.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Zustimmung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium



▶ EDITORIAL

Corina Crețu
EU-Kommissarin
für Regionalpolitik

Während das Thema Zuwanderung weiterhin europa- und weltweit die Schlagzeilen beherrscht und die europäischen Staats- und Regierungschefs um eine Lösung für die Flüchtlingskrise ringen, stellt die Europäische Kommission nun mehr Notfallhilfe zur Verfügung. Das von der Kommission vorgeschlagene Soforthilfeinstrument wurde von den Mitgliedstaaten als Möglichkeit für die schnellere Unterstützung für von der Flüchtlingskrise betroffene Länder begrüßt.

Auch die Kohäsionspolitik spielt eine wichtige Rolle in Zuwanderungsfragen, da sie grundlegende Finanzmittel für effektive Integrationsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Diskriminierungsbekämpfung zur Verfügung stellt. Im September letzten Jahres wurden die Mitgliedstaaten nachdrücklich gebeten, ihre Strukturfondsprogramme zu überprüfen und sie möglichst zwecks Unterstützung zuwanderungsbezogener Maßnahmen anzupassen. Im Zuge dessen hat etwa Italien 220 Millionen EUR aus dem Programmzeitraum 2007-2013 für dringende Herausforderungen (Erstaufnahme, Rettung, Patrouillenschiffe) abgestellt.

Weisere Mittelverwendung

Die Europäische Kommission bietet Mitgliedstaaten bei der bestmöglichen Verwendung von kohäsionspolitischen Mitteln und der Lösung von Problemen bei der Umsetzung verschiedene Formen der Unterstützung an.

Dazu zählen das Expertenaustauschsystem TAIEX-REGIO-PEER-2-PEER (das einen länderübergreifenden Erfahrungsaustausch zwischen Strukturfondsexperten ermöglichen soll), die Initiative „Integritätspakte“ (deren Ziele die Verbesserung der Transparenz, die Stärkung der Rechenschaftspflichten und die Korruptionsbekämpfung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind) und die Task Force für bessere Umsetzung (die acht Mitgliedstaaten mittels maßgeschneiderter Maßnahmen bei der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Verwendung von Mitteln aus der Kohäsionspolitik unterstützt hat), über die diese Panorama-Ausgabe näher informiert.

Vor Kurzem wurde zudem eine Initiative speziell für Regionen gestartet, die ein nur sehr langsames Wachstum verzeichnen. Dabei arbeitet die Kommission eng mit den nationalen und regionalen Behörden zusammen, etwa indem Analysen, Expertenwissen und Beratung zur Verfügung gestellt werden, um die Schwachstellen dieser Regionen zu identifizieren. Als erste Länder werden Rumänien und Polen von der Unterstützung dieser Initiative Gebrauch machen.

Zudem wurden kürzlich die ersten Ergebnisse und Empfehlungen der hochrangigen Gruppe zur Überwachung der Vereinfachung des Verwaltungsaufwands für die Begünstigten beim Zugang zu den ESI-Fonds auf der Online-Plattform veröffentlicht (<https://ec.europa.eu/futurium/en/simplify-esif>).

Potenzial aufdecken

EU-weit sind infolge der Wirtschaftskrise die Investitionen in Infrastruktur, Innovation und kleine und mittlere Unternehmen zurückgegangen. Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und der Europäische Fonds für strategische Investitionen sind Teil eines koordinierten Bemühens um die Schließung der Investitionslücke und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Die ESIF finanzieren Projekte über Subventionen und spezielle Finanzinstrumente, während der EFSI über die Europäische Investitionsbank Risikofinanzinstrumente zur Verfügung stellt. Eine Übersicht über die möglichen Kombinationen von Unterstützung aus dem EFSI und den ESIF findet sich in dieser Ausgabe.

Crețu

► BESEITIGUNG VON HINDERNISSEN IN GRENZREGIONEN

623 BEITRÄGE ZUR ÖFFENTLICHEN ONLINE-KONSULTATION DER GD REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden waren zur Teilnahme an einer Konsultation der Europäischen Kommission zur Bewertung der noch bestehenden Hindernisse in der Zusammenarbeit zwischen Grenzregionen in der EU aufgerufen. Im Rahmen der Online-Konsultation hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die Hindernisse, auf die sie gestoßen waren, zu benennen und eigene Lösungen dafür vorzuschlagen.

Die Konsultation zur „Beseitigung von Hindernissen in Grenzregionen“ wurde im Zeitraum September bis Dezember 2015 durchgeführt. Teilnehmen konnten Interessenträger aus allen Grenzregionen der EU-Länder und aus den Grenzgebieten mit EFTA-/EWR-Ländern. Insgesamt sind 623 Beiträge eingegangen.

Die Konsultationsteilnehmer wurden unter anderem gebeten, die für ihre Region relevantesten Hindernisse zu benennen und die aus ihrer Sicht am besten geeigneten Lösungen dafür vorzuschlagen. Als Denkanstoß waren auf dem Fragebogen die folgenden Hinderniskategorien gelistet: erschwerte physische Zugänglichkeit; Sprachbarrieren; Mangel an Vertrauen; rechtliche und administrative Hindernisse; wirtschaftliche Ungleichheiten; soziokulturelle Unterschiede sowie Interesse der Behörden an der Zusammenarbeit. Die Teilnehmer konnten höchstens drei dieser Hindernisse auswählen und deren Auswirkungen auf ihren Alltag näher erläutern sowie Vorschläge für deren Abbau machen.

Grenzbürger: Komplexität erschwert grenzübergreifende Zusammenarbeit

Die Konsultation hat ergeben, dass einer von zwei Teilnehmern rechtliche und administrative Hindernisse in der eigenen Region feststellt. Als Hauptprobleme wurden diesbezüglich die Arbeits- und Steuergesetzgebung, die Anerkennung von Qualifikationen, die sozialen Sicherheitssysteme und der Zugang zu Gesundheitsleistungen genannt.

Sprachbarrieren und erschwerte physische Zugänglichkeit waren die am zweit- bzw. dritthäufigsten genannten Hindernisarten. Der Abbau dieser Hindernisse kann als Grundvoraussetzung für eine bessere nachbarschaftliche, grenzübergreifende Zusammenarbeit gesehen werden. Die Ergebnisse betonen somit die Notwendigkeit für die weitere Verbesserung grenzübergreifender Mobilitätsinitiativen und die Förderung des Erlernens von Fremdsprachen.



Sprachliche Barrieren wurden in der Umfrage jedoch auch über die vorgegebene Kategorie hinaus als übergreifendes Thema genannt. So waren einige Teilnehmer der Ansicht, dass viele der Hindernisse, denen sich Bürger und Organisationen gegenübersehen, schlicht auf die mangelnde Kenntnis der Nachbarsprachen zurückzuführen sei, was den Zugang zu wichtigen Informationen auf der anderen Seite der Grenze erschwere. Sprache ist zudem ein wichtiges Hindernis für den Aufbau sozialer und kultureller Beziehungen zwischen Ländern. Dem könnte durch die weitere Förderung von Initiativen wie Schüler-/Studentenaustauschen entgegengewirkt werden.

Die Konsultation hat ferner aufgezeigt, dass einige Hindernisse aufgrund der Vielzahl an beteiligten Faktoren komplex und mehrdimensional sind. So ist das Fehlen eines grenzübergreifenden Transportsystems nicht zwangsläufig auf die erschwerte physische Zugänglichkeit, sondern möglicherweise auch auf die inadäquate Harmonisierung technischer Standards zurückzuführen. Daraus können praktische Probleme entstehen, etwa die Notwendigkeit von Zugwechsellinien an Grenzen, weil die Schienenspurweite sich von Land zu Land unterscheidet.

Zusammenarbeit zur vollen Entfaltung des Potenzials von Grenzregionen

Ein ermutigender Lichtblick ist, dass ein Mangel an Vertrauen zu den weniger oft genannten Hindernissen zählt. Dies zeigt, dass Potenzial zur Weiterentwicklung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen benachbarten Gesellschaften besteht. Nichtsdestotrotz glauben viele Teilnehmer, dass die Behörden in Grenzregionen sich stärker um eine bessere Zusammenarbeit bemühen könnten. Die

Tatsache, dass sie nicht öfter kooperieren, wurde an sich als Hindernis gesehen. Obschon diese Ansichten nur die Wahrnehmung der Teilnehmer widerspiegeln mögen, so zeigen sie doch, dass beispielsweise Städte und Regionen mehr tun müssen, um auf ihre Bemühungen beim Aufbau grenzübergreifender Beziehungen aufmerksam zu machen.

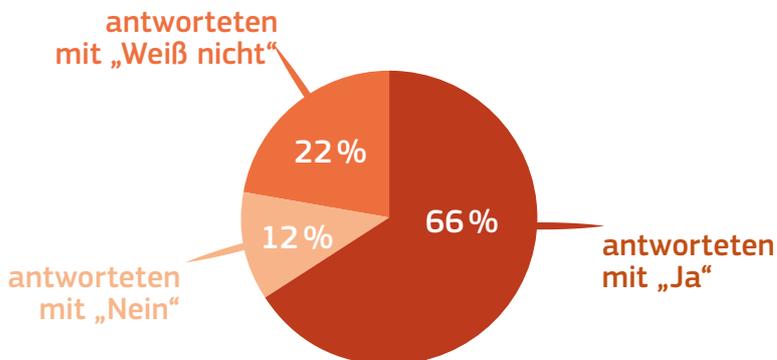
Und schließlich sind die Ergebnisse der Konsultation auch ein Indikator dafür, dass die Teilnehmer sich mehr – und nicht weniger – grenzübergreifende Zusammenarbeit wünschen. Die Vielzahl an eingegangenen Vorschlägen zur Beseitigung der Hindernisse in den Grenzregionen zeigt zudem, dass viel Raum zum Abbau bzw. zumindest zur Verringerung der noch vorhandenen Hindernisse besteht.

Nächste Schritte

Die Konsultation war Teil einer umfangreicheren Initiative zur Überprüfung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Hauptsäule dieser Überprüfung ist eine eingehende Untersuchung der rechtlichen und administrativen Hindernissen, die sich nach wie vor nachteilig auf grenzübergreifende Beziehungen auswirken. Neben einer allgemeinen Inventarisierung bestehender Hindernisse werden diese auch im Rahmen mehrerer Fallstudien näher beleuchtet. Ferner wurden und werden in Brüssel zur Besprechung der Ergebnisse der Überprüfung mehrere Workshops für Interessenträger durchgeführt.

Fortschritte

Die Teilnehmer wurden gefragt: Hat sich die grenzübergreifende Zusammenarbeit in Ihrer Region in den letzten zehn Jahren verbessert?



GEMEINSAM FÜR DEN ABBAU VON HINDERNISSEN

EU-weit arbeiten Menschen und Organisationen gemeinsam hart an der Beseitigung der Hindernisse und an der Verbesserung der grenzübergreifenden Integration und Kooperation. Eines der Instrumente zur Unterstützung dieser Bemühungen ist die Europäische Territoriale Zusammenarbeit, kurz Interreg.

Ein Expertenteam hat untersucht, welche Herausforderungen Grenzgänger zwischen Süddänemark und Norddeutschland erleben. Das Projekt Pontifex – Brückenbauer analysierte, gefördert vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) über das operationelle Programm Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N. 2007-2013, Hindernisse für die grenzübergreifende Mobilität wie etwa Unterschiede bei den Steuer- und sozialen Sicherheitssystemen und den Aufenthaltsbestimmungen. Das Projekt konnte verschiedene Problemstellen abbauen, unter anderem durch die Entscheidung, dass die dänische Regierung ausländischen Arbeitnehmern volle Kindergeldleistungen zahlen muss.

Im Rahmen eines weiteren EFRE-Projekts haben öffentliche Einrichtungen und Transportanbieter aus fünf mitteleuropäischen Ländern gemeinsam ein Reiseinformationssystem erarbeitet. Gefördert mit Mitteln aus dem operationellen Programm Mitteleuropa (2007-2013) haben die Partner aus Österreich, der Tschechischen Republik, Ungarn, Italien und der Slowakei das EDITS-Netzwerk (European Digital Traffic Infrastructure Network for Intelligent Transport Systems) entwickelt. Zum ersten Mal tauschen damit Anbieter aus verschiedenen europäischen Nachbarländern transportbezogene Daten aus, um präzise Dienste und grenzüberschreitende Informationen für Reisende bereitzustellen.

► MEHR DAZU

Überprüfung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: <http://europa.eu/!yB46tJ>

Hintergrund der Konsultation: <http://europa.eu/!nM97GC>

Pontifex – Brückenbauer: <http://europa.eu/!mH96DX>

EDITS: <http://europa.eu/!CG48Cm>

► RUNDERNEUERUNG DER STÄDTISCHEN RÄUME IN TURIN



► Eine aufmerksamkeitsstarke Art, alten Gebäuden in ganz Turin ein neues Aussehen zu verleihen

In Italien zielte das Stadterneuerungsprogramm „Urban Barriera“ darauf ab, die Neuentwicklung der Barriera di Milano, einem historischen Stadtteil Turins, anzuregen. Erläutert Ilda Curti, Stadträtin für EU-Mittel und Stadterneuerung in Turin.

Barriera di Milano befindet sich in einem Teil der Stadt, der schon immer komplexe Probleme und Herausforderungen hinsichtlich seiner sozialen und demografischen Zusammensetzung, des Fehlens von Grünanlagen sowie der von der „fordistischen“ Zeit der 1900er Jahre zeugenden verlassenen Industriebauten zu bewältigen hatte.

Das Erneuerungsprogramm wurde von der Stadt Turin, der Region Piemont und dem Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2007-2013 finanziert. Mit einem integrativen Ansatz wurden die physischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte erfasst und die Zusammenarbeit und das produktive Zusammenwirken aller am Erneuerungsprozess

aktiv Beteiligten und Begünstigten (Bereiche der öffentlichen Verwaltung, Stadtgebiete, Verbände, Institutionen, Bürger, Unternehmer usw.) gefördert.

„Urban Barriera“ ist das jüngste Programm zur Stadterneuerung, das in Turin eingeführt wurde, und hat seit Mitte der 1990er Jahre von den im Rahmen der Umsetzung anderer Projekte wie „The Gate“ im Stadtteil Porta Palazzo (1997-2001) und „Urban II“ im Stadtteil Mirafiori Nord (2001-2007) gewonnenen umfangreichen Erfahrungen profitiert.

Das Programm „Urban Barriera di Milano“, das 35 Millionen EUR kostete, wurde von der Stadt Turin erarbeitet und von der Region Piemont mithilfe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE 2007-2013) mit 20 Millionen EUR unterstützt. Die verbleibende Finanzierung stammte aus kommunalen Mitteln oder zusätzlichen Vereinbarungen mit dem Staat und der Region über die Umsetzung konkreter Maßnahmen.



CITTA' DI TORINO

Mittelbündelung

„Urban Barriera“ wurde im ersten Quartal 2011 offiziell gestartet und vor Kurzem abgeschlossen. Vierunddreißig konkrete Maßnahmen wurden während des Prozesses geplant, in den Experten aus Turin, institutionelle Akteure und lokale Verbände sowie Bürger, die sich aktiv an Planungen und Maßnahmen sozialer Unterstützung beteiligten, eingebunden waren.

Das Programm wurde auf mehreren Ebenen durchgeführt: physisch-ökologische Ebene (Erneuerung von und Festlegung neuer Funktionen für verlassene(n) Gebäude(n), Umstrukturierung von öffentlichen Räumen und Grünanlagen, Maßnahmen für nachhaltige Mobilität usw.); wirtschaftlich-arbeitsmarktbezogene Ebene (Maßnahmen zur Unterstützung von KMU und lokalen Unternehmen, Schulungen für Arbeitslose und junge Arbeitslose usw.); soziokulturelle Ebene; sowie über umfangreiche Kommunikationstätigkeit und soziale Unterstützung.

Die Programmverwaltung wurde dem Stadtausschuss Barriera di Milano übertragen und von der Stadt Turin und einigen institutionellen Partnern unterstützt. Der Ausschuss koordinierte Aktivitäten, war für die verschiedenen Formen der Beteiligung und Zusammenarbeit zuständig und stellte die erforderlichen Informationen zur Verfügung, um sicherzustellen, dass das gesamte Gebiet von der Erneuerungsinitiative profitieren und sich in den Prozess eingebunden fühlen würde.



▶ Für Parco Spina 4 stehen große Veränderungen an

▶ MEHR DAZU

Einen umfangreichen Überblick über das Städteprogramm für Barriera di Milano erhalten Sie hier:

<http://europa.eu/!dg63bB>

<http://www.comune.torino.it/urbanbarriera/bm~doc/mappa-interventi-urban-def-copy.pdf>

▶ EUROPÄISCHE STRUKTUR- UND INVESTITIONSFONDS UND EUROPÄISCHER FONDS FÜR STRATEGISCHE INVESTITIONEN

SICHERSTELLUNG DER KOORDINIERUNG, SYNERGIEN UND KOMPLEMENTARITÄT

Warum sind koordinierte Bemühungen auf europäischer Ebene zur Eindämmung des Rückgangs der Investitionstätigkeit in Europa notwendig?

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat einen starken Rückgang der Investitionstätigkeit in Europa mit sich gebracht, was notwendige Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Innovation und KMU-Finanzierung erschwert. Gegenüber dem Vorkrisenniveau ist die Investitionstätigkeit in Europa um 15% gesunken.

Es besteht zwar erheblicher Investitionsbedarf und liquide Mittel sind verfügbar, dennoch bleiben aufgrund verschiedener finanzieller und nicht-finanzieller Hindernisse viele potentielle Investitionen aus. Das Vertrauen der Investoren ist angesichts der wirtschaftlichen Volatilität und regulatorischer und anderer Unsicherheiten nur schwach ausgeprägt.

Europa muss diese Investitionslücke schließen, damit es sich von der Krise erholen und seine globale Wettbewerbsfähigkeit stärken kann. Deshalb bedarf es auf dem Weg zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Europas kollektiver Bemühungen. In diesem Kontext verabschiedete die Kommission zur Schließung der Investitionslücke die Investitionsoffensive für Europa.

Was ist der Europäische Fonds für strategische Investitionen?

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) ist die erste Säule der Investitionsoffensive für Europa. Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB-Gruppe) wollten mit der Einrichtung des ESFI einen Beitrag dazu leisten, die in der EU klaffende Investitionslücke durch die Mobilisierung privater Mittel für strategische Investitionen zu schließen.

Mit Unterstützung aus dem ESFI stellt die EIB-Gruppe Finanzierungen für wirtschaftlich und technisch tragfähige Vorhaben zur Verfügung, unter anderem auch für Projekte, die ein höheres Risikoprofil aufweisen als die üblichen Aktivitäten der EIB. Dabei konzentriert man sich auf die folgenden Schlüsselbereiche: i) Verkehr, Energie und digitale Wirtschaft;

ii) Umwelt und Ressourceneffizienz; iii) Humankapital, Kultur und Gesundheit; iv) Forschung, Entwicklung und Innovation; v) Unterstützung für KMU und Mid-Cap-Unternehmen.

Der EFSI bietet die Möglichkeit, Investitionsplattformen zu finanzieren, einer Reihe von Investitionsprojekten mit einem thematischen oder geografischen Schwerpunkt einen finanziellen Beitrag zuzuleiten sowie Geschäfte mit nationalen Förderbanken abzuwickeln.

Was sind die europäischen Struktur- und Investitionsfonds?

Es gibt fünf europäische Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds):

- ▶ den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- ▶ den Europäischen Sozialfonds (ESF)
- ▶ den Kohäsionsfonds
- ▶ den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)
- ▶ den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

Diese Fonds haben einen gemeinsamen Rechtsrahmen (die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen), unterliegen jedoch auch bestimmten fondsspezifischen Bestimmungen. Die ESI-Fonds leisten einen wichtigen Beitrag zu dem von der EU angestrebten intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum. Im Zeitraum 2014-2020 werden 454 Mrd. EUR in 500 Programme investiert und gezielt in strategischen wachstumsfördernden Bereichen – vorwiegend Forschung, Entwicklung und Innovation – eingesetzt und zur Förderung von KMU, der CO₂-armen Wirtschaft und der Informations- und Kommunikationstechnologien verwendet.

Die ESI-Fonds-Mittel werden über national kofinanzierte mehrjährige Programme bereitgestellt, die von der Kommission genehmigt und von den Mitgliedstaaten und den Regionen im Rahmen der sogenannten geteilten Mittelverwaltung umgesetzt werden. Die lokalen Behörden sind für die Auswahl, die Umsetzung und die Überwachung der mit ESI-Fonds-Mitteln geförderten Projekte zuständig.

Im reformierten ESI-Fonds-Rahmen für den Zeitraum 2014-2020 ist vorgesehen, nicht nur auf Finanzhilfen, sondern verstärkt auf andere Finanzinstrumente zurückzugreifen.

Worin bestehen die Hauptunterschiede zwischen den EU-Struktur- und Investitionsfonds und dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen?

Risikoprofil, Kriterien und Bereitstellung der Fonds-Mittel unterscheiden sich voneinander. Bei den ESI-Fonds können Projekte mit Finanzhilfen und -instrumenten finanziert werden. Die Fonds sind Teil der Programme, die von den Verwaltungsbehörden in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Der EFSI stellt Instrumente zur Risikofinanzierung (keine Finanzhilfen) über die Europäische Investitionsbank bereit, wobei keine geografischen oder sektoriellen Quoten gelten, sondern die Marktnachfrage nach Investitionsfinanzierung herangezogen wird.

Welchen Vorteil bringt der komplementäre Einsatz von EFSI und ESI-Fonds?

ESI-Fonds und EFSI können einen Beitrag zu den kollektiven und koordinierten Bemühungen zur Eindämmung des Rückgangs der Investitionstätigkeit in Europa oder einer bestimmten Region leisten.

ESI-Fonds und EFSI können zusätzliche Investitionen mobilisieren, indem sie einander ergänzen und ein Maximum an privaten Mitteln mobilisieren. Beide Fonds wurden zwar unterschiedlich konzipiert, sind aber komplementär, was den Grundgedanken, die Gestaltung und den rechtlichen Rahmen anlangt, und verstärken sich gegenseitig. Sie können je nach Art der Investition auf unterschiedlichste Weise kombiniert werden. Die Kombination von ESI-Fonds und EFSI könnte in bestimmten Ländern oder Sektoren von besonderem Interesse sein, in denen die ESI-Fonds große Chancen bieten und der EFSI allein noch nicht in vollem Umfang mobilisiert wurde.

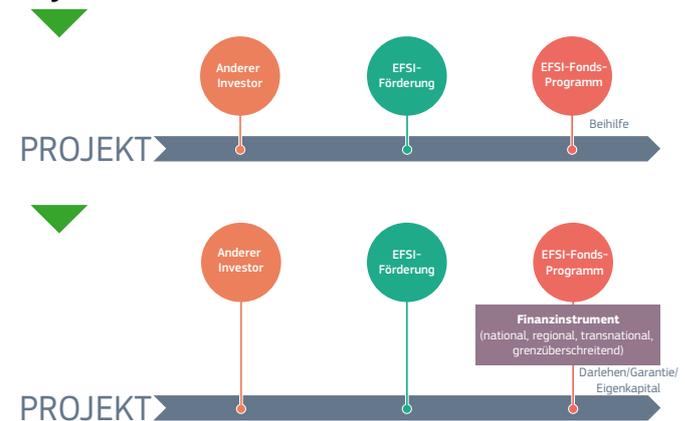
Jedes wirtschaftlich und technisch tragfähige Projekt, das einen positiven Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in der EU leistet und mit ihren Vorschriften im Einklang steht, kommt für eine Finanzierung aus dem EFSI und den ESI-Fonds in Frage.

Die regionalen Behörden werden durch EFSI-Koinvestitionen (EFSI-Beitrag und Beiträge anderer Koinvestoren, die vom EFSI angezogen werden) zusätzliche Nutzeffekte erzielen. Die regionalen Zuweisungen sichern nicht nur ESI-Fonds-Investitionen, sondern bieten jeder Region (im Rahmen des jeweiligen Regionalprogramms) auch die Möglichkeit, EFSI-Investitionen in die Region zu holen.

Welche Möglichkeiten gibt es, ESI-Fonds und EFSI zu kombinieren?

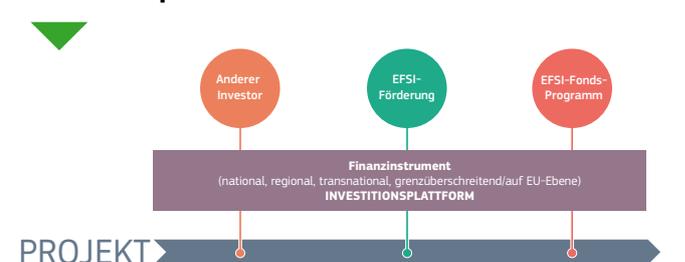
ESI-Fonds und EFSI können auf verschiedene Weise miteinander kombiniert werden:

1: Kombination von ESI-Fonds und EFSI direkt auf Projektebene:



Ein Projekt, das für eine Finanzierung in Frage kommt, erhält Mittel aus dem ESI-Fonds-Programm (in Form einer Finanzhilfe oder über ein Finanzinstrument), aus dem EFSI und möglicherweise auch von anderen Investoren, die von den ESI-Fonds und dem EFSI angezogen werden.

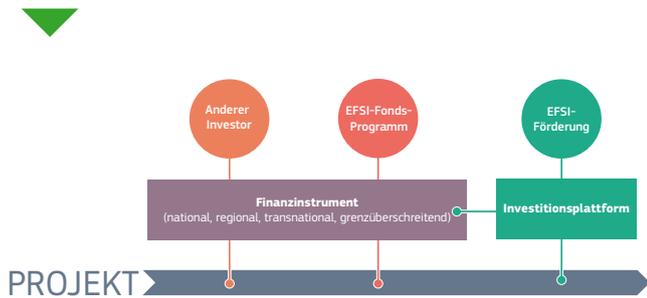
2: Kombination von ESI-Fonds und EFSI auf Investitionsplattform-Ebene:



Die Verwaltungsbehörde möchte unter Umständen eine neue Investitionsplattform einrichten (die als Finanzinstrument angesehen wird), in die der EFSI und andere Investoren ihre Mittel investieren würden, unter anderem in Form eines mehrschichtigen Fonds.

Eine weitere Möglichkeit ist, dass die Verwaltungsbehörde einen Beitrag aus dem ESI-Fonds-Programm in eine bestehende Investitionsplattform leistet (die als Finanzinstrument angesehen wird), die mithilfe von EFSI-Mitteln auf nationaler, regionaler, transnationaler oder grenzübergreifender Ebene eingerichtet wurde. Die Investitionsplattform würde dann Beiträge aus dem EFSI und bestimmte ESI-Fonds-Programmbeiträge in Projekte investieren (andere Investoren können teilnehmen).

3: Kombination von **ESI-Fonds und EFSI-Unterstützung (Zuleitung über eine Investitionsplattform)** mithilfe von Finanzinstrumenten oder auf Projektebene:



In diesem Szenario richtet die Verwaltungsbehörde ein Finanzinstrument ein, an dem die unter Unterstützung des EFSI eingerichtete Investitionsplattform als Investor teilnimmt. Die Teilnahme weiterer Investoren ist dabei auch möglich. Das Finanzinstrument würde dann Beiträge aus dem EFSI und bestimmte ESI-Fonds-Programmbeiträge in Projekte investieren (andere Investoren können teilnehmen).

Eine weitere Option wäre die fallspezifische Intervention durch eine mithilfe des EFSI eingerichtete Investitionsplattform direkt auf Projektebene.

Können ESI-Fonds einen Beitrag zum EFSI leisten?

Programmmittel der ESI-Fonds sind nicht direkt an den EFSI übertragbar.

Kann der EFSI für die nationale Kofinanzierung eines ESI-Fonds-Programms eingesetzt werden?

Die Unterstützung eines Projekts aus dem EFSI kann aufgrund von dessen Art und Struktur nicht als nationale Kofinanzierung eines ESI-Fonds-Programms angesehen werden.

Allerdings könnte die nationale Kofinanzierung eines ESI-Fonds-Programms dennoch über ein anderes Finanzprodukt der EIB bzw. des EIF erfolgen, und zwar entweder im Wege eines Strukturprogrammardarlehens oder durch eine Intervention auf der Projektebene.

Unter bestimmten Umständen könnten durchaus auch zusätzliche Mittel, die dank der von den kombinierten ESI-Fonds- und EFSI-Interventionen ausgehenden Hebelwirkung vermehrt bereitgestellt wurden, als nationale Kofinanzierung für das ESI-Fonds-Programm eingestuft werden.

In welcher Form kommen die Vorschriften über staatliche Beihilfen bei der Kombination von ESI-Fonds und EFSI zum Tragen?

Der EFSI stellt keine staatliche Beihilfe dar und unterliegt nicht den EU-Beihilfenvorschriften. ESI-Fonds-Mittel, die Unternehmen nicht zu marktüblichen Bedingungen gewährt werden, können eine staatliche Beihilfe darstellen, für die die einschlägigen EU-Vorschriften gelten.

Die Kommission wird ihre modernisierten EU-Beihilfenvorschriften heranziehen, um als staatliche Beihilfe angesehene ESI-Fonds-Mittel zu prüfen. Damit der EFSI seine Wirkung besser entfalten kann, wird die Kommission die Vereinbarkeit der ESI-Fonds-Mittel mit den Vorschriften über staatliche Beihilfen vorrangig in einem beschleunigten Verfahren bewerten (innerhalb von sechs Wochen nach Erhalt sämtlicher Informationen).

Wo können Projektträger bei der Ausgestaltung ihrer Vorschläge Unterstützung erhalten?

Projektträger sollten die europäische Plattform für Investitionsberatung umfassend nutzen, um sich bei fachlichen und administrativen Fragen über Investitionsvorhaben und Fördermöglichkeiten beraten zu lassen. Die gemeinsam von der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank konzipierte Plattform unterstützt Behörden und Projektträger bei der Suche nach strategischen Projekten und der Festlegung von Prioritäten, ferner bietet sie Hilfestellung bei der Vorbereitung, Strukturierung und Umsetzung sowie bei der effizienteren Nutzung von EU-Mitteln durch die Mobilisierung privaten Kapitals. Beratung über ESIF-Finanzinstrumente erhält man über den bei dieser Plattform angesiedelten „fi-compass“.

Außerdem bietet das soeben eingerichtete Europäische Investitionsvorhabenportal (EIPP) in der EU ansässigen öffentlichen und privaten Projektträgern die Möglichkeit, über ein Webportal Investoren auf der ganzen Welt zu erreichen. Das Portal wird von der Europäischen Kommission bereitgestellt und wurde aufgrund des Wunsches der Investoren, mehr potentielle Investitionsmöglichkeiten in der EU auf einer zentralen Plattform sichtbar zu machen, konzipiert.

►MEHR DAZU
<http://europa.eu/!DT39vF>

▶ EHRGEIZIGE ZIELE MIT DER EUSALP

DIE EU BRINGT EINE MAKROREGIONALE STRATEGIE FÜR EINEN WOHLHABENDEREN, GRÜNEREN UND BESSER VERNETZTEN ALPENRAUM AUF DEN WEG

Das Ziel der EUSALP ist die Stimulierung eines innovativen und nachhaltigen Wachstumsmodells für die Makroregion Alpen zugunsten der sieben Länder und mehr als 70 Millionen Bewohner des Alpenraums.

Die EUSALP, im Juli 2015 angenommen und im November 2015 vom Rat der Europäischen Union gebilligt, ist eine „makroregionale Strategie“ der EU: ein integriertes Rahmenwerk, das von den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und anderen Fonds unterstützt werden kann, um sich gemeinsamen Herausforderungen von Mitgliedstaaten und Drittländern, die in derselben geographischen Region liegen, anzunehmen. Die Region profitiert in der Folge von einer verstärkten Kooperation, die zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt beiträgt.

Die Alpenstrategie betrifft eine der größten wirtschaftlichen und produktiven Regionen in Europa und umfasst fünf EU-Länder (Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien und Slowenien), zwei Drittländer (die Schweiz und Liechtenstein) sowie insgesamt 48 Regionen. Insgesamt wird die EUSALP Auswirkungen für 70 Millionen Menschen haben, die im Alpenraum leben und arbeiten: Öffentliche Verwaltungen, Hochschulen, Forschungszentren, KMU, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor sowie internationale Investoren werden alle von der Strategie profitieren. Zudem kommt die von der EUSALP geförderte Verbesserung der Dienstleistungen und der Lebensqualität auch den Millionen Touristen zugute, die jedes Jahr den Alpenraum besuchen.

Wieso die EUSALP?

Bürger, Unternehmen und lokale Behörden aus sieben Ländern stehen in den Alpenregionen ähnlichen Herausforderungen gegenüber:

- ▶ Die **wirtschaftliche Globalisierung**, die eine Bedrohung für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Alpenraums darstellt.
- ▶ **Demographische Trends**, die von einer alternden Bevölkerung und neuen Zuwanderungsmodellen geprägt sind.
- ▶ **Klimawandel** und dessen negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Biodiversität und die Lebensbedingungen.

▶ **Herausforderungen im Bereich Energie** auf europäischer Ebene und weltweit.

▶ **Mobilität** aufgrund der besonderen geographischen Lage in Europa als Transitregion, aber auch als Region mit einzigartigen geographischen und natürlichen Eigenschaften.

Das vorrangige Ziel der EUSALP ist die Förderung nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands im Alpenraum durch die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, indem die Attraktivität, die Wettbewerbsfähigkeit und die Vernetzung des Alpenraums verbessert werden. Gleichzeitig wird das Ziel verfolgt, die Umwelt zu schützen und für gesunde und ausgeglichene Ökosysteme zu sorgen.

Der primäre Mehrwert der Strategie für den Alpenraum beruht auf einer neuen Beziehung zwischen den Ballungs-, perialpinen und Berggebieten.

Wie funktioniert die Strategie?

Die Alpenstrategie stützt sich auf die zentralen Grundsätze bestehender makroregionaler Strategien: keine neuen EU-Mittel, keine zusätzlichen formellen EU-Strukturen und keine EU-Gesetzgebung, dafür aber die Verfolgung eines koordinierten Ansatzes, die Nutzung von Synergieeffekten und der wirksamere Einsatz bestehender EU-Mittel und anderer Finanzinstrumente.

Den sieben Ländern und 48 Regionen obliegt es, sicherzustellen, dass die EUSALP die erwarteten Ergebnisse erbringt. Die Europäische Kommission ist als unabhängiger Vermittler für die strategische Koordination in den Bereichen zuständig, in denen sie der Makroregion einen Mehrwert bieten kann. Die Kommission kann beispielsweise durch die Ermittlung von Defiziten, die auf politischer Ebene angegangen werden müssen, strategische Unterstützung leisten oder auf einen sektorübergreifenden Ansatz hinwirken, der mit den verschiedenen EU-Politiken konsistent ist.

Aber wie Kommissarin Crețu bereits gesagt hat: „Es handelt sich um eine Strategie der Länder“ und nur durch deren Engagement, Zusammenarbeit und gemeinsame Bemühungen kann der Alpenraum zu einer wohlhabenderen, grüneren und besser vernetzten Region werden.

BEISPIELE MÖGLICHER PROJEKTE IM RAHMEN DER EUSALP

ERHÖHUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN POTENTIALS STRATEGISCHER SEKTOREN

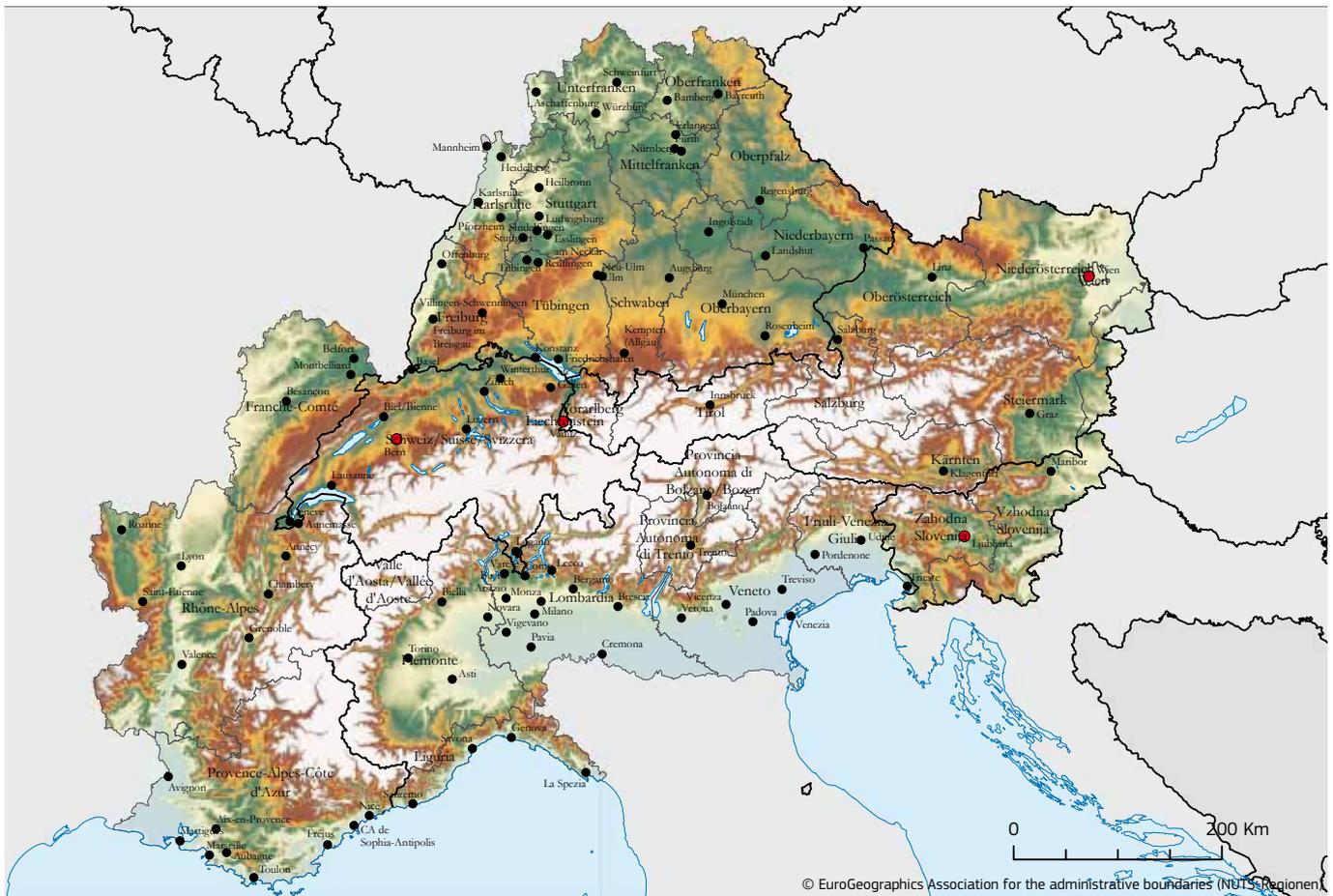
- ▶ **Alpine Transferzentren:** Dieses Projekt umfasst die Schaffung eines Netzwerks und Instrumentariums für Technologietransferzentren zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen F&E-Organisationen und Unternehmen – als zentrale Anlaufstellen vorwiegend für KMU. Transferzentren können regionale Gastgeberparteien für gemeinsame Projekte im Bereich Innovations- und Technologietransfer sein.
- ▶ **Kennzeichnung von Alpenholz und Alpenholzerzeugnisse:** Die Idee hierbei ist es, die Verwendung von heimischen Hölzern aus alpinen Wäldern für Gebäude und Holzzeugnisse über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg zu fördern – entweder durch die Mobilisierung von Ressourcen und Prozessen oder für die erste bzw. zweite Verarbeitung. Ein Gütesiegel für Alpenholz kann zum besseren Management sowohl von Bergwäldern als auch Holzprodukten beitragen und durch die Reduzierung des Transportbedarfs den Gesamtausstoß an Kohlenstoffen senken. So könnte zudem ein Beitrag zur Professionalität der Akteure und gleichzeitig zur Aufrechterhaltung und Entwicklung von Unternehmensnetzwerken geleistet werden.
- ▶ **AlpNet:** Ziel ist es, auf der Grundlage von Forschungsergebnissen die Produktinnovativität für Unternehmen im Alpenraum zu verbessern, die ganzjährig im Bereich Tourismus tätig sind. Das Projekt verbessert den Austausch von Wissen und bewährten Verfahren zwischen den Tourismusregionen. In einem zunehmend wettbewerbsorientierten globalen Markt sind das Ziel die Stärkung der Position des Alpenraums sowie die nachhaltigere Gestaltung des dortigen Fremdenverkehrs.

VERBESSERUNG DER ANGEMESSENHEIT DES ARBEITSMARKTS SOWIE DER AUS- UND FORTBILDUNG

- ▶ **Youth Alpine Dialogue:** Zahlreiche Alpenregionen sehen sich demographischen Herausforderungen gegenüber (z. B. einer alternden Bevölkerung oder der Abwanderung von Fachkräften). Damit junge Menschen sich ein Leben in ihren Heimatgemeinden aufbauen, müssen Sie in den Prozess der Entscheidungsfindung und der Gestaltung ihres Lebens- und Arbeitsumfelds einbezogen werden. Das Projekt hilft jungen Menschen dabei, die Bedürfnisse und das Potential ihrer Heimatdörfer und -städte sowie des gesamten Alpenraums zu verstehen. Erreicht werden soll dies über den transnationalen Austausch zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträgern in der gesamten alpinen Region.

FÖRDERUNG DER MOBILITÄT DES GÜTER- UND PERSONENVERKEHRS

- ▶ Ausbau von grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen im Rahmen von TEN-V-Projekten; Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken, Betrieb von 740 Meter langen Zügen und Weiterentwicklung des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS).
- ▶ Ausbau von Lokaleisenbahnstrecken wie etwa Turin-Aosta, Nizza-Ventimiglia-Cuneo-Turin, München-Lindau-Bregenz-Zürich, Ulm-Friedrichshafen-Lindau, Triest-Ljubljana, Brescia-Edolo, im Durance-Tal, Mailand-Tirano oder in den Dolomitentälern in Trentino.
- ▶ Anknüpfung an bestehende Kooperationsprojekte zur Verminderung der Auswirkungen des transalpinen Verkehrs und Ausbau dieser Projekte auf makroregionaler Ebene.



Den Worten Taten folgen lassen

Am 25. Januar 2016 nahmen Corina Crețu, Kommissarin für Regionalpolitik, und Violeta Bulc, Kommissarin für Verkehr, an der EUSALP-Auftaktkonferenz im slowenischen Brdo teil. Die von der Europäischen Kommission und vom slowenischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten gemeinsam organisierte Veranstaltung läutete die Durchführungsphase ein und gab den Teilnehmern die Gelegenheit, ihre Ansichten und Ideen hinsichtlich bewährter Arbeitsmethoden und der effizientesten Verwaltung der Strategie zum Ausdruck zu bringen.

„Der Alpenraum gehört zu den dynamischsten, innovativsten und wettbewerbsfähigsten Gebieten in Europa. Allerdings bestehen weiterhin sozioökonomische Ungleichheiten, die es abzubauen gilt. Und genau das ist das Ziel der EU-Strategie für den Alpenraum: das Potential der 48 beteiligten Regionen – egal ob EU- oder Nicht-EU-Land – voll auszuschöpfen und

dafür zu sorgen, dass keine Ortschaft, keine Region und kein Bewohner auf dem Weg zu mehr Wohlstand zurückgelassen wird. Jetzt ist die Zeit, Worten Taten folgen zu lassen“, so Kommissarin Crețu.

„Vier von neun europäischen Verkehrskorridoren verlaufen durch die Alpen. Somit ist der Alpenraum ein Knotenpunkt mit einer besonders empfindlichen Umwelt. Europa ist abhängig von der Anbindung des Alpenraums. Entscheidend dabei ist allerdings die Kombination mit einem Höchstmaß an Nachhaltigkeit. Die EU-Strategie für den Alpenraum bietet die Weitsicht und das Engagement, um diese Herausforderung anzugehen“, fügte Kommissarin Bulc hinzu.

► MEHR DAZU
<http://europa.eu/!tm36qb>

▶ TASK FORCE SETZT SICH FÜR BESSERE NUTZUNG VON EU-MITTELN EIN

Die zur Unterstützung mehrerer Mitgliedstaaten bei der effizienteren Nutzung von EU-Mitteln ins Leben gerufene Task Force hat ihr intensives Arbeitsprogramm nach über 100 technischen Sitzungen und Seminaren abgeschlossen. In Zusammenarbeit mit acht Ländern hat die Task Force für bessere Umsetzung (TFBI) Engpässe und Rückstände bei der Zuweisung und Nutzung von Mitteln aus den EU-Strukturfonds aufgehoben.

Erste Aufgabe der TFBI, die im November 2014 ihre Arbeit aufnahm, war es, zu beurteilen, weshalb Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Italien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn bei der Förderung von Projekten über Mittel aus EU-Programmen hinterherhinkten. Dabei identifizierte die TFBI nicht nur Engpässe, sondern arbeitete auch mit den nationalen Behörden dieser Länder zusammen, um Aktionspläne zu erarbeiten und Änderungen zu bewirken.

Der gesamte Prozess profitierte von der großen politischen Unterstützung seitens der Kommission und der Mitgliedstaaten. Ziel der Task Force war es, den beteiligten Ländern maßgeschneiderte, koordinierte Methoden zur verbesserten Umsetzung zur Verfügung zu stellen und ihnen dadurch den erfolgreichen Abschluss des Programmzeitraums 2007-2013 zu ermöglichen.

Förderung von Veränderung

Zunächst unterzog die Task Force EU-geförderte Programme, Prioritäten und bei Bedarf sogar einzelne Projekte einer systematischen Prüfung. Anschließend wurden im Frühjahr 2015 Aktivitäten festgelegt, die sich zur Beschleunigung der Umsetzung und zur Integration in die Aktionspläne der Mitgliedstaaten eigneten. In die Aktionspläne wurden quantifizierbare Meilensteine und Ziele aufgenommen und die Fortschritte bei deren Umsetzung regelmäßig alle zwei oder drei Monate überprüft.

Mit Unterstützung der TFBI konnte die zeitliche Planung einiger Programme und Projekte angepasst werden. Die Laufzeit einiger Projekte erstreckt sich über zwei Programmzeiträume. Diese Projekte können nun im Programmzeitraum 2014-2020 voll umgesetzt werden. Zudem wurden neue Großprojekte identifiziert und eingereicht. Die Zuweisungsrate

für Finanzinstrumente wurde erhöht. Die betreffenden Mitgliedstaaten können bei der Meldung zusätzlicher Ausgaben nun flexibler vorgehen.

Teil des Prozesses waren auch Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau und zum Austausch bewährter Praktiken, z. B. Seminare, Workshops und technische Sitzungen mit nationalen Behörden [siehe nachstehenden Kasten]. Obwohl die TFBI ihre Aufgabe Ende 2015 abgeschlossen hat, wird die Kommission auch für den Förderzeitraum 2014-2020 für Mitgliedstaaten und ihre Programme Unterstützung zur Verfügung stellen und ähnliche Veranstaltungen organisieren.

Großer Lernzuwachs

Obwohl die von der TFBI bearbeiteten Probleme vor allem einzelne Mitgliedstaaten betrafen, gab es einige gemeinsame Ursachen für die Verzögerungen, u. a.:

- ▶ langsamer Start von Programmen;
- ▶ unzureichende Vorbereitung bei komplexen Infrastrukturprojekten;
- ▶ lange Projektzyklen;
- ▶ überdurchschnittlich lange nationale Verwaltungsverfahren;
- ▶ zu geringe Verwaltungskapazität auf nationaler und Begünstigtenebene; und
- ▶ Fehler bei den öffentlichen Ausschreibungsverfahren.

Darüber hinaus gab es Hinweise darauf, dass der Lernzuwachs bei der Programmumsetzung in allen Mitgliedstaaten, insbesondere aber in jenen, die zum ersten Mal einen vollen Programmzeitraum durchliefen, sehr groß war. Für den Programmzeitraum 2014-2020 wird allen nationalen Behörden empfohlen, so früh wie möglich mit der Programmumsetzung zu beginnen.

Um Erfolg sicherzustellen, müssen nationale Behörden nach Ansicht der TFBI effiziente Wege finden, um Projektbegünstigte von Beginn an bei der Nutzung von Mitteln zu unterstützen. Regelmäßige Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau werden als ein Schritt in die richtige Richtung empfohlen, und zwar sowohl für die Mittel zuweisenden als auch die Ausgaben tätigen Organisationen.



► Task Force-Begegnung in Kroatien im Dezember 2015

Die Erfolge der TFBI in Zahlen

- Dank der Hilfe der Task Force konnten die Slowakei, Rumänien und Kroatien den Verlust von EU-Mitteln in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden Euro abwenden.
- Bei über 40 mit EU-Mitteln geförderten Programmen in den acht unterstützten Mitgliedstaaten und bei 120 großen Projekten konnten Verbesserungen erzielt werden.
- Im Rahmen des zwölfmonatigen Arbeitsprogrammzeitraums hat die TFBI über einhundert technische Sitzungen abgehalten.

Außerdem würde es die TFBI begrüßen, wenn einige der kommissionseigenen Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau stärker genutzt würden. Zu diesen Aktivitäten zählt etwa das TAIEX-REGIO PEER 2 PEER-Verfahren (siehe Seite 16), das dem Austausch von Expertise zwischen Organisationen, die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Kohäsionsfond verwalten, dienen soll. Auch Integritätspakte (siehe Seite 18) zugunsten korruptionsfreier, transparenter Ausschreibungsverfahren sind geeignete Maßnahmen.

Bewährte Praxis

MEHR BERICHTERSTATTUNG UND BESSERE NACHBEREITUNG: Die meisten von der TFBI unterstützten Länder haben ihre Nachbereitungsverfahren optimiert und die Berichtsfrequenz in Bezug auf ihre Aktionspläne erhöht. Insbesondere Rumänien, die Slowakei und Ungarn haben eine Reihe technischer Sitzungen organisiert, in denen der aktuelle Stand verschiedener Programme im Detail, oftmals auf Prioritäten- und Projektbasis, überprüft wurde.

OPTIMIERUNG VON PROJEKTZEITPLÄNEN UND -ZAHLUNGEN: Mit der von der Kommission zur Verfügung gestellten Hilfestellung zum erfolgreichen Abschluss von Programmen haben Tschechien, Ungarn und die Slowakei ihre zeitliche Projektplanung gründlich und systematisch überarbeitet. Diese Länder haben die Kommission darüber hinaus um mehr Unterstützung bei verschiedenen technischen und verwaltungstechnischen Fragen gebeten. Ungarn und die Slowakei haben ihre Methoden zur Meldung von Ausgaben im Rahmen von Umsatz generierenden Projekten überprüft und erwägen, zwecks Optimierung der Zuweisung von Mitteln alternative Abrechnungsverfahren einzuführen.

► **MEHR DAZU**
<http://europa.eu/!VQ76YC>

► NOCH AUF DER SUCHE NACH DEM EXPERTENWISSEN, DAS SIE BRAUCHEN?

TAIEX-REGIO PEER 2 PEER: FLEXIBLES, EFFIZIENTES INSTRUMENT ZUM WISSENSAUSTAUSCH ZWISCHEN EUROPÄISCHEN REGIONEN



Im März 2015 hat die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung ein neues Instrument eingeführt, das es Verwaltungsbe-

hörden, die für die Verwaltung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Kohäsionsfonds zuständig sind, erleichtern soll, Expertenwissen und bewährte Verfahren EU-weit auszutauschen. Ziel ist die weitere Verbesserung der Mittelverwendung in der EU.

Ein Jahr nach seiner Einführung hat sich das Instrument TAIEX-REGIO PEER 2 PEER bereits bewährt: als effizientes, nutzerfreundliches Online-System, das Experten und Begünstigte im Rahmen dutzender Workshops, Studienbesuche und Expertentreffen zusammenbringt.

PEER 2 PEER knüpft an das bestehende Instrument für technische Unterstützung und Informationsaustausch TAIEX an, das seit über 20 Jahren erprobt und kontinuierlich optimiert wird und ursprünglich zur Unterstützung der Beitrittsverhandlungen der damaligen EU-13-Mitgliedstaaten ins Leben gerufen wurde.

PEER 2 PEER ermöglicht es Verwaltungsbehörden, entsprechend den Bedürfnissen öffentlicher, mit der Verwaltung von Mitteln aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds betrauter Einrichtungen auf Unterstützung zuzugreifen und diese anzubieten. 90% dieser Einrichtungen haben ihr Interesse am Peer-to-Peer-Austausch bekundet und 50% von ihnen gaben zu, konkreten Bedarf beim Thema Kapazitätsaufbau zu haben.

Auf breiterer Ebene ist das Instrument Teil der Bemühungen der Europäischen Union, das Potenzial der Regionalpolitik bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Gewährleistung nachhaltigen Wachstums im Sinne der Ziele der Strategie „Europa 2020“ und dem 315 Milliarden EUR schweren Investitionsplan der EU voll auszuschöpfen.

EU-weit sind 24000 Mitarbeiter aus nationalen und lokalen Verwaltungsbehörden an der Verwaltung von Mitteln aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds beteiligt. Aus deren Know-how soll mit PEER 2 PEER Kapital geschlagen werden, um durch den Austausch von Expertenwissen und bewährten Verfahren bessere Ergebnisse zu erzielen.

Praktische Anwendungen

Im vergangenen Jahr wurde das Instrument in seiner Pilotphase bereits zur Organisation von knapp 30 Veranstaltungen zugunsten von Antragstellern aus 14 Mitgliedstaaten eingesetzt. Die Veranstaltungen variieren in Größe und Umfang von kleinen Studienbesuchen und Expertentreffen mit drei Teilnehmern über multinationale Sitzungen mit 15 Teilnehmern bis hin zu Workshops mit 60 Teilnehmern. Auch die thematischen Schwerpunkte sind vielfältig und umfassen Bereiche wie Investitionsmanagement, öffentliches Auftragswesen, Verkehr und Umwelt.

Bislang sind die Tschechische Republik, Bulgarien, Kroatien und Litauen die aktivsten Begünstigten und die Mehrzahl aller eingegangenen Unterstützungsanträge wurde genehmigt.



- ▶ Fabienne Ruault von der Europäischen Kommission bei der Vorstellung des Online-Tools
- ▶ Multinationaler Workshop von TAIEX-REGIO zum Thema Management von umweltbezogenen Investitionen, Dezember 2015, Litauen

„*Diese PEER 2 PEER-Initiative ist ein wichtiger Schritt: Sie ist flexibel, nutzerfreundlich und richtet sich an die spezifischen Bedürfnisse unserer Regionen.*“

▶ CORINA CREȚU – EU-KOMMISSARIN FÜR REGIONALPOLITIK

So reisten etwa im vergangenen Dezember 16 Experten aus acht Mitgliedstaaten nach Wilna, um dort an einem multinationalen Workshop zu Verwaltungsverfahren für umweltbezogene Investitionen teilzunehmen. Im Rahmen des Workshops erhielt die Verwaltungsbehörde für Umweltprojekte des litauischen Umweltministeriums wertvolles Know-how zur bestmöglichen Verwendung von Mitteln aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds.

Auf kleinerer Ebene waren im September drei Experten vom Verbund der nordniederländischen Provinzen in Rumänien zu Gast, wo sie die Regionale Entwicklungsagentur der Region Nordost im Rahmen eines dreitägigen Studienbesuchs beim Aufbau von Know-how zum Thema intelligente Spezialisierung unterstützten. Der Schwerpunkt dabei lag auf der Verknüpfung von industrie-, bildungs- und innovati- onspolitischen Maßnahmen zwecks Identifizierung von Prioritätsbereichen für wissensbasierte Investitionen.

Im Juni 2015 half PEER 2 PEER bei der Organisation eines Workshops zu erfolgreichen Modellen für die Verwaltung und Kontrolle von Finanzinstrumenten in Bulgarien, an dem 60 Experten aus Deutschland, Polen, Slowenien und dem Vereinigten Königreich teilnahmen.

Positive Ergebnisse

Interessenschwerpunkte beim Expertenaustausch waren bislang die Themen Finanzinstrumente, Mittelverwaltung und -kontrolle, öffentliches Auftragswesen, staatliche Beihilfe, Monitoring und Berichterstattung und nachhaltige Stadtentwicklung.

Wie die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu mitteilte, seien die Rückmeldungen von den Antragstellern bisher sehr positiv gewesen. Aber auch die teilnehmenden Experten hätten den Austausch als sehr wertvoll empfunden.

Das System ist nicht nur nutzerfreundlich, indem der Expertenaustausch bei nur geringem Verwaltungsaufwand kurzfristig schnell und effizient organisiert werden kann, sondern auch flexibel, was durch die verschiedenen Arten des über das System organisierten Austauschs belegt wird. Die Plattform bietet über mehrere eingebaute Mechanismen zur Qualitätskontrolle und zur Bewertung der Experten und des Expertenaustauschs zudem Instrumente zur Qualitätssicherung.

Vor allem aber trägt das Instrument EU-weit zur Stärkung und effizienteren Arbeitsweise der mit der Verwaltung von Mitteln aus regionalpolitischen Fonds betrauten lokalen und nationalen Verwaltungsbehörden bei. Dadurch wird sichergestellt, dass Projekte tatsächlich zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger in den Regionen Europas gereichen.

Kommissarin Crețu zieht ein positives Zwischenfazit: „Diese PEER 2 PEER-Initiative ist ein wichtiger Schritt: Sie ist flexibel, nutzerfreundlich und richtet sich an die spezifischen Bedürfnisse unserer Regionen.“

Noch in diesem Jahr wird die Kommission die Initiative TAIEX-REGIO PEER 2 PEER einer Evaluation unterziehen, auf deren Grundlage die nächsten Schritte für die weitere Umsetzung und die Weiterentwicklung des Instruments festgelegt werden.

▶ MEHR DAZU

PEER 2 PEER PEER 2 PEER und Antragsverfahren:
nähere Informationen online unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/p2p oder per E-Mail
an REGIO-PEER2PEER@ec.europa.eu

► INTEGRITÄTSPAKTE STÄRKEN KAMPF GEGEN BETRUG UND KORRUPTION

SCHUTZ FÜR EU-GEFÖRDERTE PROJEKTE



Korruption hat schwerwiegende nachteilige Konsequenzen sowohl für die Wirtschaft als auch die Gesellschaft als Ganzes, weil sie die Demokratie untergräbt, wirtschaftliche Entwicklung hemmt und soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit schwächt. Die Europäische Kommission und Transparency International arbeiten gemeinsam für den Schutz der EU-Fonds vor Betrug und Korruption und für die qualitative Verbesserung öffentlicher Auftragsvergabeverfahren.

Schätzungsweise 120 Milliarden EUR gehen in europäischen Ländern jedes Jahr durch Korruption verloren. Dies entspricht fast dem gesamten Haushalt der Europäischen Union (EU) im Jahr 2014.¹ Korruption in Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge bremst das Interesse und schädigt das Vertrauen der Öffentlichkeit und hat nachteilige Folgen für das Leben der Bürgerinnen und Bürger der EU. Zur effektiven Bekämpfung korrupter und betrügerischer Praktiken bedarf es jedoch eines vielschichtigen Ansatzes.

► Die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu und der stellvertretende Geschäftsführer von Transparency International Miklos Marschall geben den Startschuss für die Initiative

Dabei kann die Zivilgesellschaft selbst effektiv als Akteur bei der Korruptionsbekämpfung auftreten und eine wertvolle Rolle bei der Stärkung von Transparenz, Rechenschaftspflichten und Prävention übernehmen. Im Kampf gegen Korruption haben sich die Europäische Kommission und Transparency International zusammengetan und ihre fruchtbare Kooperation verstärkt, um neue innovative Möglichkeiten zur Korruptionsbekämpfung und zur Steigerung der Effizienz in von EU-Fonds kofinanzierten Projekten zu entwickeln.

Im März 2015 haben die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu und Miklos Marschall, stellvertretender Geschäftsführer von Transparency International, den Startschuss für die Initiative „Integritätspakte – Ziviler Kontrollmechanismus zum Schutz von EU-Fonds vor Betrug und Korruption“ gegeben. In der zweiten Phase dieses Kooperationsprojekts, die am 1. Januar 2016 begonnen hat und über vier Jahre läuft, sollen so genannte Integritätspakte (IP) für mehrere EU-kofinanzierte Projekte in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten eingeführt werden.

(1) Bericht über die Korruptionsbekämpfung in der EU, 3.2.2014 COM(2014) 38 final

Transparenz

Ein Integritätspakt ist eine Vereinbarung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber, den Bietern, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen, und einer unabhängigen Monitoringeinrichtung, welche die Umsetzung des Pakts überwacht und sicherstellt, dass alle Parteien ihre Verpflichtungen aus dem Pakt einhalten. Mit den in den IP festgelegten Rechten und Pflichten soll verhindert werden, dass die Vertragsparteien Bestechungszahlungen leisten, anbieten, verlangen oder annehmen und dass die Bieter sich mit der Konkurrenz zusammentun, um einen Auftrag zu gewinnen, oder Vertreter des Auftraggebers bestechen.

Um Transparenz zu gewährleisten, verpflichten sich alle Parteien dazu, Zugang zu Informationen zu gewähren, regelmäßig öffentlich über die Monitoringergebnisse Bericht zu erstatten und die Nutzung öffentlicher Daten sowie die Offenlegung von Informationen in Bezug auf das Auftragsvergabeverfahren zu fördern.

Die Umsetzung des Pakts wird von einer unabhängigen Monitoringeinrichtung überwacht, die sicherstellt, dass alle Parteien ihren Verpflichtungen aus dem IP nachkommen. Gleichzeitig geben die IP klare Regeln für Bieter in Ausschreibungsverfahren vor. So werden gleiche Voraussetzungen für alle Bieter dadurch gewährleistet, dass die bietenden Unternehmen sich zum Verzicht auf Bestechung verpflichten und sicher sein können, dass ihre Konkurrenz ebenfalls auf Betrug verzichtet und dass die Vergabebehörden sich zur Korruptionsprävention und transparenten Verfahren verpflichten. Die Pakte sind rechtlich bindende Verträge, deren Verletzung Sanktionen zur Folge haben kann.

Über die Verbesserung der rechtlichen Transparenz hinaus haben die IP auch effizienzsteigernde Wirkung: Erfahrungsgemäß können mit der Umsetzung eines IP die Projektkosten um bis zu 30% gesenkt werden. Ferner können die Pakte institutionelle Veränderungen anregen und verantwortungsvolles Handeln fördern.

Nach Veröffentlichung einer Aufforderung zur Interessenbekundung am 22. Mai 2015² wurden 17 über die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU kofinanzierte Projekte für die Pilotphase ausgewählt. Bewerber konnten sich Verwaltungsbehörden und Begünstigte mit ihren Projekten. Die Monitoringaufgaben werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen übernommen.

Dank des großen Interesses beider Seiten konnte eine vielfältige Auswahl von Projekten aus elf Themenbereichen (Transport, Institutionsaufbau, Kultur, Monitoring, Umwelt, Energie, Bildung, Forschung und Entwicklung, integrierte territoriale Investitionen, Verwaltungskapazität und Gesundheitswesen) und elf Mitgliedstaaten (Bulgarien, Tschechische Republik, Griechenland, Ungarn, Litauen, Lettland, Slowenien, Portugal, Rumänien, Italien und Polen) getroffen werden. Die Erfahrungen aus diesen Pilotprojekten werden weitergegeben

und können dann im Rahmen zahlreicher anderer von der EU kofinanzierter Projekte nutzbar gemacht werden.

Die Kommission wird die geförderten Projekte unter anderem bei Folgendem unterstützen:

- ▶ Schulung und Kapazitätsaufbau der ausgewählten zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bezug auf die Projektdurchführung auf nationaler Ebene;
- ▶ Erarbeitung und Unterzeichnung der IP;
- ▶ Schulung und Wissensaufbau der relevanten Interessenträger, z. B. Vergabebehörden, Verwaltungsbehörden, Wirtschaftsakteure, in Bezug auf Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Transparenzsteigerung im Rahmen des IP-Mechanismus;
- ▶ unabhängiges Monitoring der IP, das von den zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgeführt und/oder koordiniert wird;
- ▶ Gewährleistung von Transparenz und Zugang zu Informationen zum IP-Verfahren und zu dessen Ergebnissen für die Bürger in den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten;
- ▶ regelmäßige Bekanntgabe und Dokumentation der Wirkung, Erfahrungen und bewährten Verfahren für Projektpartner sowie die breitere Öffentlichkeit.

Für die allgemeine Koordination des Projekts wird das Sekretariat von Transparency International zuständig sein. Darunter fällt neben der Koordination der 16 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die das Monitoring der IP übernehmen und für die Qualitätssicherung bei der Umsetzung der IP auf allen Ebenen sorgen, auch die Koordination der Zusammenfassung und der Verbreitung der Projektergebnisse, der notwendigen Schulungs- und Kapazitätsaufbaumaßnahmen sowie der Dokumentation und der Verbreitung der Wirkung, Erfahrungen und bewährten Maßnahmen.

Die IP sollen zur Steigerung der Kosteneffizienz und zu verantwortungsvollerem Handeln beitragen. Darüber hinaus werden die Pakte institutionelle Veränderungen wie etwa die gesteigerte Nutzung von Online-Ausschreibungssystemen, die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren und Verbesserungen im regulatorischen Umfeld anregen.

▶ MEHR DAZU
<http://europa.eu/!Qq83pP>

(2) Die Aufforderungen zur Interessenbekundung wurden auf der Inforegio-Website unter http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/how/improving-investment/integrity-pacts/ veröffentlicht

▶ MIT EIGENEN WORTEN SO SEHEN INTERESSENVERTRETER DIE KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020

Panorama freut sich auf Ihre Beiträge

„Mit eigenen Worten“ ist die Rubrik von *Panorama*, in der lokale, regionale, nationale und europäische Interessenvertreter ihre Meinung zur reformierten Kohäsionspolitik kundtun und ihre Pläne für den Zeitraum 2014-2020 beschreiben können.

Panorama freut sich auf Ihre Beiträge in eigener Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung, um weitere Informationen über Abgabefristen und Richtlinien für Ihren Beitrag zu erhalten.

▶ regio-panorama@ec.europa.eu

▶ GRIECHENLAND

▶ VON DER INFRASTRUKTURENTWICKLUNG ZUR ENTWICKLUNGSINFRASTRUKTUR



Das operationelle Regionalprogramm für Attika hat wie die historische Region, der es dient, zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen.

Das operationelle Regionalprogramm 2014-2020 für die Region Attika, zu der auch die Stadt Athen gehört, wurde im Dezember 2014, nur wenige Monate, nachdem die Verwaltung der Region eine neue Führung bekommen hatte, verabschiedet. Mit dem neuen Programm sollen zahlreiche Herausforderungen angegangen werden, wenngleich der Bedarf an Lösungen in der Region Attika noch umfangreicher wäre. Eine Veränderung der politischen Maßnahmen, die Existenz einer Vielzahl von Ex-ante-Konditionalitäten und zeitweiliger Selbstauschlüsse sowie die Notwendigkeit, konkrete Ziele sowohl auf finanzieller als auch auf praktischer Ebene zu erreichen, sind die Puzzleteile, die es für die Verwaltungsbehörde des operationellen Regionalprogramms (ROP) für Attika im neuen Programmzeitraum zusammenzufügen gilt.

Dem ROP Attika stehen 1,1 Milliarden EUR an öffentlichen Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

(EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung, die 13 Prioritätsachsen und zehn thematischen Zielen zugewiesen werden. Die Vergabe von Finanzmitteln aus dem Kohäsionsfonds und dem Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums hat die Finanzkraft der Region im neuen Partnerschaftsabkommen für den Entwicklungsrahmen verbessert und schafft gleichzeitig erhebliche Verpflichtungen und hohe Erwartungen.

Zu den grundlegenden Prioritäten für Attika und seine Verwaltungsbehörde gehören der Aufbau von Partnerschaften auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene, die Stärkung der Kapazitäten der Endbegünstigten und die Nutzung der verfügbaren Instrumente der Europäischen Kommission, z. B. integrierte gebietsbezogene Investitionen, Finanzinstrumente, Integritätspakte, Unterstützung durch die JASPERS-Gruppe usw. Diese sind zudem eine Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz von gemeinschaftlichen und nationalen Mitteln.

Die Lösung der chronischen Umweltprobleme Attikas (Kanalisation und Abwasserbehandlung in Ostattika, umweltfreundliche Feststoffabfallwirtschaft), die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Nutzung und Förderung bestimmter städtischer Gebiete des Großraums Athen durch integrierte, themenübergreifende Maßnahmen sowie die Verknüpfung von wissenschaftlichen und Forschungskapazitäten mit wirtschaftlichen Anforderungen zugunsten von Innovation sind jeweils realistische Ziele, die bis zum Ablauf des Programmzeitraums 2014-2020 erreicht werden können.

Die durch das ROP Attika erzielten Fortschritte werden nicht ausschließlich hinsichtlich ihrer Aufnahme, sondern in erster Linie in Bezug auf ihre Wirksamkeit, Leistung und die bestmögliche Nutzung der gemeinschaftlichen Mittel beurteilt. Die Mitarbeiter der Verwaltungsbehörde und die Region Attika arbeiten systematisch an diesem Ziel.

DIMITRIS DROSIS – Leiter der Sonderverwaltungsbehörde für das operationelle Regionalprogramm für Attika

▶ FRANKREICH

▶ EMISSIONSFREIE,
WASSERSTOFFBETRIE-
BENE TRANSPORT-
WIRTSCHAFT WIRD
REALITÄT

„Das Konzept [der Ladestationen in Grenoble und Lyon] zeigt, dass emissionsfreier, wasserstoffbetriebener Transport hier in Rhône-Alpes zur Realität geworden ist! Und wir gehen sogar noch weiter: In der zweiten Phase des HyWay-Projekts wird auf lokaler Ebene Wasserstoff aus der regenerativen Stromerzeugung der Region gewonnen. Damit streben wir ein vollständig kohlenstofffreies Transportwesen an.“

Im Rahmen ihres operationellen Regionalprogramms unter dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds fördert die Region Auvergne-Rhône-Alpes die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen und wendet im Zeitraum 2014-2020 fast 100 Millionen EUR der ihr zugewiesenen 509 Millionen EUR für die Energiewende auf.

Ziel dieses nationalen Innovationsprojekts ist die Einführung des französischen Wasserstoffenergiesektors in die Industrie und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wasserstofftechnologie. Es wird damit gerechnet, dass bis zum Ende des dreijährigen Projekts etwa 100 Arbeitsplätze geschaffen werden.

In der Region Auvergne-Rhône-Alpes sind 80% der Akteure des französischen Wasserstoffenergiesektors tätig. Im Rahmen des im Oktober 2014 gestarteten Programms „Hydrogen

Wide Acceptance Year“ (HyWay) werden wasserstoff- bzw. batteriebetriebene Hybridnutzfahrzeuge rund um mehrere Ladestationen in Grenoble und Lyon eingesetzt.

HyWay arbeitet mit einem bislang einzigartigen, innovativen Modell für den Einsatz von Nutzfahrzeugen, die mit einem Wasserstoffmodul ausgestattet sind und ihre Reichweite zwischen zwei Ladestationen verdoppeln können. Die ersten Nutzer sind Pioniere im Bereich der wasserstoffbasierten nachhaltigen Mobilität. Die Nutzung von Wasserstoff als Energieträger dient dem Umweltschutz, insbesondere weil auf diese Weise zu den Zielen eines kohlenstofffreien Transportwesens beigetragen wird: der Senkung der Treibhausgasemissionen und der Verschmutzung in städtischen Gebieten.

Das Cluster für Wettbewerbsfähigkeit Tenerrdis arbeitet zusammen mit der französischen Behörde für Atomenergie und alternative Energieformen (CEA) und acht weiteren Partnern aus der Industrie an der erfolgreichen Umsetzung dieses präindustriellen Demonstrationsprojekts.

Einen großen Fortschritt verzeichnete HyWay im Juni 2015 mit der Auslieferung von 21 Fahrzeugen und der Einrichtung von drei Wasserstoffladestationen in Grenoble. Die elektrischen Nutzfahrzeuge sind mit speziellen, auf von der CEA entwickelter Technologie basierenden Modulen zur Verlängerung der Lebensdauer der Wasserstoffbatterien ausgestattet und können im Stadtverkehr bis zu 300 km am Tag zurücklegen.

Im Februar 2016 wurde eine neue Wasserstoffladestation in Lyon installiert, an der Fahrzeuge bei einem Druck von 350 bar in weniger als sieben Minuten aufgeladen werden können. Mit einer Ladekapazität von etwa 15 Fahrzeugen am Tag ist die Kapazität dieser Ladestation um ein Vierfaches höher als die der ersten Demonstrationsladestation.

Die aus 50 Nutzfahrzeugen bestehende Flotte ist die derzeit größte in Europa. Während der ersten vier Monate im Einsatz haben einige der Fahrzeuge bereits über 60000 km zurückgelegt und dabei über 280 Mal eine Ladestation angesteuert.

In der zweiten Phase des Projekts soll die lokale Wasserstoffherzeugung aus der regenerativen Stromerzeugung in der Region erweitert werden, um auf diese Weise das Potenzial der gesamten Wasserstoffkette von der erneuerbaren Quelle bis hin zur emissionsfreien Mobilität aufzuzeigen.

CHANTAL MOREAU – *Direktorin Europäische Programme, Region Auvergne-Rhône-Alpes*

▼ VEREINIGTES KÖNIGREICH

► DIE FINANZMITTEL VON PEACE SORGEN FÜR GESELLSCHAFTLICHES ZUSAMMENWACHSEN

Ein historisch von Konfessionskonflikten geprägtes Gebiet im Herzen von Nord-Belfast ist dank der EU-Finanzmittel von PEACE vollständig umgewandelt worden.



Mit der Schaffung der Gemeinschaftseinrichtung Girdwood wird ein verlassenes Gebiet, das einst die Kulisse für gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen benachbarten protestantischen und katholischen Gemeinschaften war, nun mithilfe von sportlichen und anderen sozialen Aktivitäten den positiven konfessionsübergreifenden Kontakt fördern.

Die Umwandlung wäre ohne die Unterstützung des EU-Programms PEACE III, das in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu Frieden und Stabilität in ganz Nordirland und der Grenzregion mit Irland beigetragen hat, nicht möglich gewesen. Das Programm, das das einzige seiner Art in den 28 Mitgliedstaaten ist, wurde im Jahr 1995 ins Leben gerufen und hat die Region bisher mit etwa 2 Milliarden EUR unterstützt.

Das Programm PEACE IV für den Zeitraum 2014-2020, das von der EU-Sonderprogrammstelle (SEUPB) verwaltet wird, wurde kürzlich verabschiedet und sieht die Bereitstellung von Finanzmitteln in Höhe von 270 Millionen EUR (davon 229 Millionen EUR aus dem EFRE) vor.

Aufgrund des Erfolgs der zahlreichen Initiativen für gemeinsamen Raum im Programmraum von PEACE III, z. B. der Einrichtung Girdwood, wird diese Finanzierung auch unter PEACE IV fortgesetzt. Das Programm unterstützt die Entwicklung zahlreicher neuer gemeinsam genutzter Räume und lokaler Initiativen zur Schaffung integrativer öffentlicher Räume in Städten, Gemeinden und Dörfern.

Um eine nachhaltige Wirkung in der Region sicherzustellen, richtet sich das Programm PEACE IV an Kinder und Jugendliche innerhalb und außerhalb ihrer schulischen Umgebung. Irland und Nordirland haben jeweils eine sehr junge Bevölkerung: Über ein Drittel der Bevölkerung Nordirlands ist unter 25 Jahre alt und hat daher keine unmittelbare Erfahrung mit den gewalttätigen Konflikten der Vergangenheit. Trotzdem herrscht auch in dieser Altersgruppe die Grundproblematik der Segregation und Ausgrenzung weiter vor.

Deshalb wird eine erhebliche Summe von PEACE IV auf beiden Seiten der Grenze in die Unterstützung marginalisierter und benachteiligter junger Menschen, die gefährdet sind, in gesellschaftsfeindliches Verhalten, Gewalt oder staatsfeindliche Aktivitäten involviert zu werden, fließen. Das Programm zielt darauf ab, ihnen ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln und sie zu ermutigen, sich am Aufbau konfessionsübergreifender Beziehungen und an staatsbürgerlicher Entwicklung zu beteiligen.

In Nordirland besuchen 92,6% der Kinder Schulen, die im Wesentlichen mit einer Konfession verbunden sind. In Irland sind über 90% der Schulen im Besitz der katholischen Kirche und werden von ihr unterhalten. Damit werden die Möglichkeiten der Schüler, mit Mitgliedern anderer Konfessionen in Kontakt zu treten und von Menschen mit anderem Hintergrund zu lernen, erheblich eingeschränkt. PEACE IV finanziert gemeinsame Bildungsinitiativen, um direkten und nachhaltigen lehrplanbezogenen Kontakt zwischen Schülern und Lehrern aller Konfessionen zu erreichen.

Aufgrund des Erfolgs der zahlreichen Initiativen für gemeinsamen Raum im Fördergebiet werden auch andere Initiativen dieser Art umfassend unterstützt. PEACE IV unterstützt die Entwicklung zahlreicher neuer gemeinsam genutzter Räume und lokaler Initiativen zur Schaffung integrativer öffentlicher Räume in Städten, Gemeinden und Dörfern.

Die Geschichte der Spaltung in Nordirland und der Grenzregion zu Irland ist im Hinblick auf den Umgang mit Vielfalt und Unterschiedlichkeit in einigen Teilen der Gesellschaft bis heute nicht ganz überwunden. Deshalb zielt ein großer Teil des Programms auf die Förderung von positiven Beziehungen auf regionaler Ebene und durch lokale Behörden geleiteten Partnerschaften ab.

Ein regionaler Ansatz, der zur Unterstützung jener Menschen entwickelt wurde, die unter dem Trauma des Konflikts gelitten haben, wird durch den Dienst für Opfer und Überlebende in Nordirland geleitet.

Weitere Informationen erhalten Sie über folgenden Link: www.seupb.eu

JOHN McCANDLESS – *Kommunikationsleiter,
EU-Sonderprogrammstelle*

▶ DEUTSCHLAND

▶ HOCHWASSERSCHUTZ
IN THÜRINGEN

Durch die Hochwasserkatastrophe, die Thüringen im Sommer 2013 heimsuchte, hat die Umsetzung des nationalen Hochwasserschutzprogramms der Bundesrepublik Deutschland neue Impulse erhalten.

Der Freistaat Thüringen liegt im Mittelgebirge der Bundesrepublik Deutschland. In dieser hochwassergefährdeten Gegend sind Gewässer mit einer Gesamtuferlinie von 1867 km von Überflutung bedroht. Davon fallen 1273 km unter die Zuständigkeit der regionalen Verwaltungen, die restlichen 594 km unter die der Städte und Gemeinden.

Für alle hochwassergefährdeten Gewässer wurden Hochwasserrisiko- und -gefahrenkarten sowie Pläne zum Hochwasserrisikomanagement entwickelt. Der verwendete Ansatz und die Detailplanung können im Nationalen Hochwasserschutzprogramm für den ersten Zyklus der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (2016-2021) eingesehen werden.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist ein ideales Finanzierungsinstrument für Initiativen zur Umsetzung von Hochwasserschutzplänen. Effektive Hochwasservorsorge besteht aus den einander ergänzenden Elementen Hochwasserprävention, Landnutzungsmanagement und technische Hochwasserschutzmaßnahmen.

Hochwasserprävention beinhaltet die Kommunikation präziser Informationen, um die Betroffenen anzuregen, eigene Vorkehrungen zu treffen (in Bezug auf Verhalten, strukturelle Maßnahmen und Versicherungsschutz), und Katastrophenschutzdiensten alle wichtigen Details zur Verfügung zu stellen.

Zu den Vorsorgemaßnahmen in Bezug auf die Landnutzung zählen die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten, in denen nur begrenzt gebaut werden darf, sowie dezentrale Hochwasserschutzmaßnahmen wie die standortgerechte Landnutzung und der Bau von Erddämmen, durch die der Wasserübertritt auf den Entstehungsort begrenzt werden kann.

Beim technischen Hochwasserschutz sorgen strukturelle Maßnahmen dafür, dass Gewässer ausreichend Kapazität haben, ein bestimmtes Hochwasservolumen aufzunehmen, ohne dass dadurch schwerwiegende Schäden entstehen.

In Thüringen gibt es Hochwasservorsorgemaßnahmen für alle hochwassergefährdeten Gewässer. Die Instandhaltung dieser Maßnahmen fällt in den Zuständigkeitsbereich sowohl der Region als auch der Städte und Gemeinden. Schäden durch Hochwasser entstehen nicht nur durch das Wasser selbst, sondern auch durch Bebauung in den potenziellen Überschwemmungsgebieten sowie durch dortige unzureichende Investitionen in den Hochwasserschutz.



Daher wird Thüringen Hochwasserschutzsysteme möglichst weit entfernt von Gewässern einrichten. Erweiterte Überschwemmungsgebiete ermöglichen Synergien (z. B. eine natürlichere Entwicklung des Gewässers, Integration eines Raums für Entspannung und Naturerlebnis in die städtische Infrastruktur sowie die Option für Fußgänger- und Radwege).

Da zur Einrichtung solcher Flächen mehr Gebäude gekauft und abgerissen werden müssen und Felder öfter überflutet werden, bedarf es eines neuen Planungsansatzes.

Diese Strategie für einen erweiterten Entwässerungsquerschnitt könnte zu größeren Problemen für Anwohner und, im Falle von Widersprüchen, zu Verzögerungen führen. Um dies zu vermeiden, wird sich Thüringen auf die Untersuchung und Analyse aller Optionen für den Hochwasserschutz konzentrieren und die dabei erzielten Erkenntnisse transparent gegenüber den betroffenen Anwohnern kommunizieren. Alle technischen Informationen dazu werden in gut zugänglicher Form präsentiert (siehe EFRE-Jahresveranstaltung 2015 Homepage: Herr Pehlke; Video, virtueller Projektrundgang und Ausstellung). Hoffentlich werden solche Bemühungen dazu beitragen, dass zukünftig bei der Umsetzung von Projekten Zeit nicht ungenutzt verstreicht.

KARSTEN PEHLKE – Planungsdirektor und **VOLKER KURZ** – Leitender Berater, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

VERSCHAFFEN
SIE IHRER
STIMME GEHÖR



regio-panorama@ec.europa.eu

► UMFRAGE ZEICHNET POSITIVES BILD VOM STÄDTISCHEN LEBEN IN EUROPA

IN ALLEN (BIS AUF SECHS) AN DER ERHEBUNG BETEILIGTEN STÄDTEN GABEN MINDESTENS 80% DER EU-BÜRGER AN, ZUFRIEDEN ZU SEIN

Im Großen und Ganzen sind die Europäer mit ihrer Stadt sehr zufrieden. In Bezug auf den Grad der Zufriedenheit mit der Qualität diverser Dienstleistungen konnten jedoch starke Schwankungen zwischen den städtischen Gebieten festgestellt werden. Dies sind einige der wichtigsten Ergebnisse der kürzlich veröffentlichten Meinungsbefragung zur Lebensqualität in europäischen Städten 2015. Zudem haben zahlreiche Städte seit der letzten Befragung im Jahr 2012 eine äußerst positive Entwicklung durchlaufen.

Die Meinungsumfrage wurde im Zeitraum von Mai bis Juni 2015 durchgeführt. Dabei wurden mehr als 40 000 Bürgerinnen und Bürgern in 83 europäischen Städten 30 Fragen gestellt. Die Befragten kamen aus den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie aus Island, Norwegen, der Schweiz und der Türkei. Auch wenn die Daten in dem jeweils städte-spezifischen Kontext zu analysieren sind, liefern die Antworten eine einzigartige Momentaufnahme der öffentlichen Meinung. Einzigartig an der Erhebung ist auch, dass sie untersucht, wie die Einwohner einer Stadt die dort angebotenen Dienstleistungen wahrnehmen, was sie über Themen wie Sicherheit in der Stadt und die Anwesenheit bzw. die Integration von Ausländern denken und ob sie der Meinung sind, dass man den meisten Menschen in der Stadt trauen kann.

Ein hoher Grad an Zufriedenheit – im Allgemeinen

Im Großen und Ganzen herrscht ein hoher Grad an allgemeiner Zufriedenheit im Hinblick auf die Städte, in denen die Befragten leben. In allen bis auf sechs Städten gaben mindestens 80% der Befragten an, zufrieden zu sein. Der höchste Grad an Zufriedenheit wurde in Oslo und Zürich (jeweils 99%) sowie in Aalborg, Wilna und Belfast (jeweils 98%) ermittelt. In 52 von insgesamt 83 Städten fühlt sich die Mehrheit der Befragten sicher. Und je sicherer die Befragten sich fühlen, desto höher ist der Grad an Zufriedenheit mit dem Leben in der Stadt. In einigen Städten konnte ein erheblicher Anstieg des Grads der Zufriedenheit verzeichnet werden, an der Spitze der Großraum Athen mit einem Anstieg um 15% auf 71% und Athen mit einem Anstieg um ebenfalls 15% auf 67%.

In mehr als drei Viertel der Städte ist das Vertrauen in die Mitbürger hoch. In 35 Städten stimmten mindestens 70% der Befragten der Aussage zu, dass man den meisten Menschen in ihrer Stadt trauen könne. In 66 Städten stimmten dem mindestens 50% der Befragten zu.

Auch die Zufriedenheit mit Grünflächen ist im Allgemeinen hoch: In 64 Städten betrug der Anteil der zufriedenen Befragten mindestens 70%.

Allerdings zeigte die Erhebung auch gegensätzliche Ansichten der Befragten in den jeweiligen Städten über eine Reihe von Aussagen in Bezug auf Infrastruktur und Einrichtungen (zum Beispiel öffentliche Verkehrsmittel), Gesundheitsversorgung, Sportanlagen und Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, den Zustand von Straßen und Gebäuden und öffentliche Räume.

In vielen Städten geben die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen und der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum Anlass zu ernster Sorge, und hinsichtlich des Grads an Zufriedenheit mit öffentlichen Verkehrsmitteln bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Städten. Ferner reicht bei der Anzahl der Bürger, die täglich öffentliche Verkehrsmittel nutzen, die Skala von 5% in Nikosia bis hin zu 80% in Paris. In zahlreichen Städten haben die Menschen keine sehr hohe Meinung von der Effizienz der dortigen Verwaltungsdienstleistungen. Zudem wurden durch die Befragung stark voneinander abweichende Meinungen zwischen den einzelnen Städten hinsichtlich der Sauberkeit deutlich.

28 europäische Hauptstädte im Blickpunkt

Zudem wurde durch die Umfrage deutlich, dass Hauptstädte vor besonderen Möglichkeiten und Herausforderungen stehen. Positiv hervorzuheben ist, dass von den 15 Städten, in denen öffentliche Verkehrsmittel am häufigsten genutzt werden, 10 europäische Hauptstädte sind. Im Vergleich zu denjenigen, die nicht in einer Hauptstadt leben, ist bei Befragten, die in einer Hauptstadt leben, die Wahrscheinlichkeit, dass sie mit dem Lärmpegel in ihrer Stadt zufrieden sind, indes geringer, und auch in vielen Hauptstädten ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ein Problem. Darüber hinaus ist die Zufriedenheit mit Schulen und Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen in vielen Hauptstädten gering.

ZUFRIEDENHEIT MIT DEM LÄRMPEGEL IN EUROPÄISCHEN HAUPTSTÄDTEN

		Gesamtgrad der Zufriedenheit
 Dublin		82%
 Helsinki		81%
 Luxemburg		79%
 Wien		78%
 Stockholm		77%
 Riga		77%
 Wilna		76%
 London		75%
 Ljubljana		74%
 Kopenhagen		71%
 Amsterdam		69%
 Tallinn		69%
 Zagreb		69%
 Nikosia		64%
 Berlin		58%
 Bratislava		57%
 Prag		54%
 Brüssel		54%
 Budapest		50%
 Paris		47%
 Warschau		46%
 Madrid		45%
 Rom		45%
 Lissabon		45%
 Valletta		45%
 Sofia		36%
 Athen		34%
 Bukarest		31%

ZUFRIEDENHEIT MIT SCHULEN UND ANDEREN BILDUNGS- UND AUSBILDUNGSEINRICHTUNGEN IN EUROPÄISCHEN HAUPTSTÄDTEN

		Gesamtgrad der Zufriedenheit
 Dublin		83%
 Helsinki		79%
 Nikosia		79%
 Ljubljana		79%
 Luxemburg		78%
 Prag		75%
 Amsterdam		75%
 Paris		71%
 Zagreb		71%
 Wien		71%
 Stockholm		67%
 Lissabon		66%
 London		66%
 Brüssel		65%
 Valletta		65%
 Kopenhagen		64%
 Riga		62%
 Tallinn		61%
 Warschau		61%
 Bratislava		55%
 Berlin		53%
 Wilna		52%
 Budapest		51%
 Athen		50%
 Rom		50%
 Madrid		50%
 Bukarest		48%
 Sofia		47%

„ Ich hoffe, die Ergebnisse regen alle an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure und Interessenvertreter zur Umsetzung eines ganzheitlichen Ansatzes im Hinblick auf soziale, wirtschaftliche, kulturelle und umweltbezogene Herausforderungen an. “

▶ CORINA CREȚU – EU-KOMMISSARIN FÜR REGIONALPOLITIK

ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL

ZUFRIEDENHEIT MIT ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN WIE ETWA BUS, STRASSENBAHN ODER U-BAHN

	Miskolc	Budapest	Burgas	Krakau	Genf	Lille	Oviedo	Nikosia	Košice	Riga
										
2015	65%	67%	86%	82%	82%	77%	66%	41%	45%	67%
Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2012	+25	+22	+19	+19	+19	-9	-9	-9	-12	-14

Insgesamt lässt die Befragung darauf schließen, dass die Bewohner europäischer Städte mit ihrer Lage weitgehend zufrieden sind – mindestens neun von zehn Befragten gaben an, mit dem Leben, das sie führen, zufrieden zu sein, während ein Großteil angab, mit dem Ort, an dem sie leben, zufrieden zu sein. Bei der Beurteilung von Infrastruktur und Dienstleistungen sind allerdings erhebliche Unterschiede zu erkennen. Das wird in den stark voneinander abweichenden Meinungen in Bezug auf öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitsversorgung und Umwelt deutlich. Die Ergebnisse untermauern die Notwendigkeit der Umsetzung eines ganzheitlichen Ansatzes im Hinblick auf soziale, wirtschaftliche, kulturelle und umweltbezogene Herausforderungen, denen sich städtische Gebiete gegenübersehen.

Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf öffentliche Verkehrsmittel

Der Grad an Zufriedenheit mit öffentlichen Verkehrsmitteln variiert stark in den einzelnen Städten und reicht von 14% in Palermo bis hin zu 97% in Zürich. In 40 der 83 Städte gaben mindestens drei Viertel der Befragten an, dass sie mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in ihrer Stadt zufrieden seien. In mehreren Städten hatte ein erheblicher Anteil der Befragten keine Meinung zu diesem Thema, so zum Beispiel in Reykjavik (30%), Valetta (29%) und Nikosia (24%). Dies kann zum Teil damit begründet werden, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung in diesen Städten keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzt.

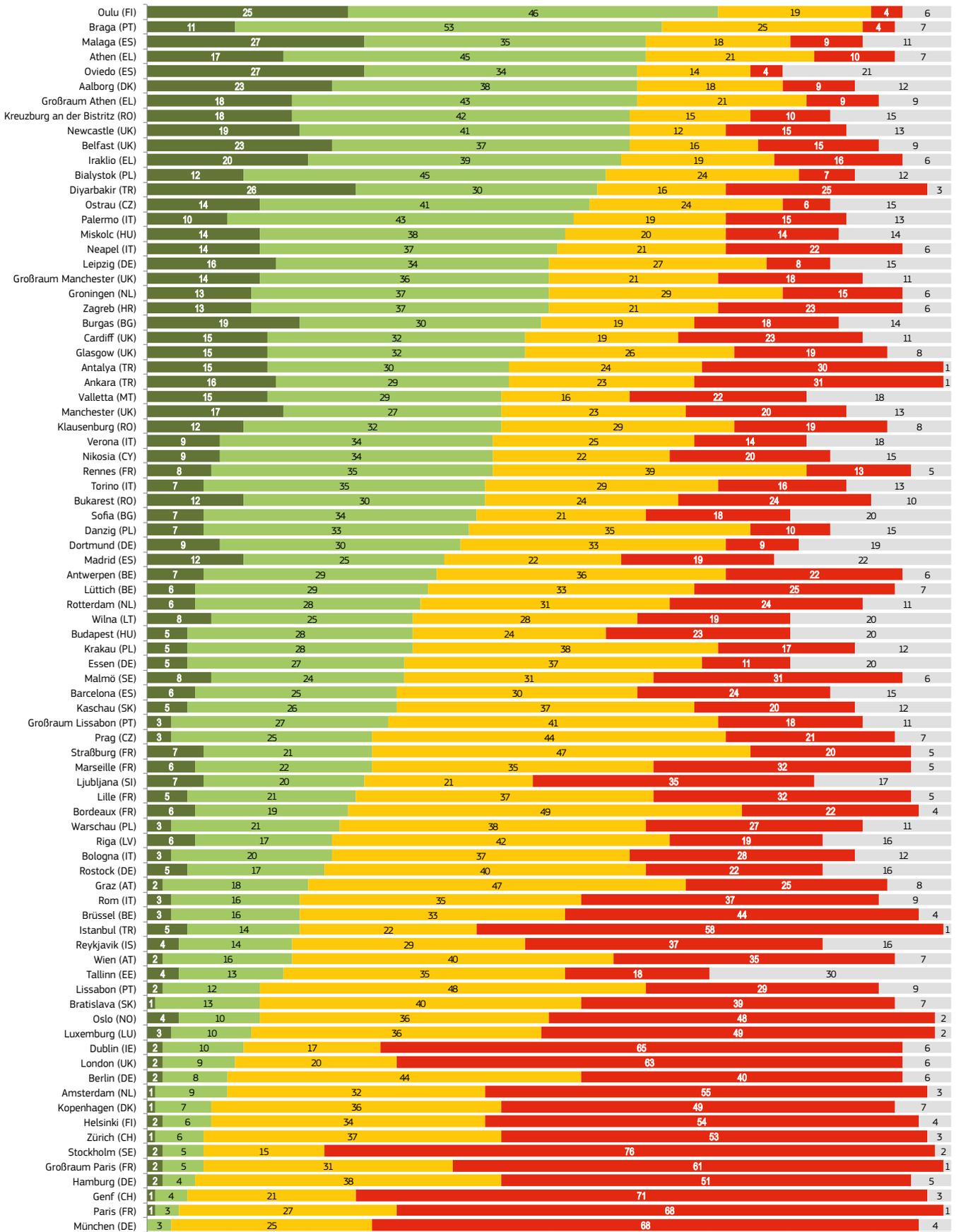
ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN FÜR MEINE STADT

Aus einer Liste mit zehn Themen wurden drei von den Befragten als diejenigen mit der größten Bedeutung für ihre Stadt ausgewählt: Gesundheitsversorgung, Arbeitslosigkeit und Bildung und Ausbildung. Diese drei Aspekte wurden vor den Themen Sicherheit, öffentliche Verkehrsmittel, Straßeninfrastruktur, Luftverschmutzung, Wohnen, soziale Dienste und Lärm genannt.

- Gesundheitsversorgung: In 63 von 83 Städten wurde Gesundheitsversorgung als eines der drei wichtigsten Probleme genannt; in 27 Städten stand dieses Problem auf Platz eins;
- Arbeitslosigkeit wurde in 52 Städten als eines der drei vorwiegenden Probleme genannt und stand in 23 Städten auf Platz eins;
- Bildung und Ausbildung gehören in 59 von 83 Städten zu den drei wichtigsten Problemen und stehen in 18 Städten auf Platz eins;
- Wohnen wird in sieben Städten als wichtigstes Problem angesehen; in weiteren zehn Städten wurde Wohnen als eines der drei wichtigsten Probleme angegeben;
- Luftverschmutzung gehört in 14 Städten zu den drei Hauptproblemen;
- Straßeninfrastruktur gehört in weiteren 18 Städten zu den drei wichtigsten Problemen;
- Sicherheit wird in 16 Städten als eines der drei wichtigsten Probleme betrachtet;
- Öffentliche Verkehrsmittel ist in zehn Städten unter den drei Hauptproblemen zu finden;
- Soziale Dienste gehören in vier Städten zu den drei größten Problemen;
- Lärm gehört in keiner der an der Erhebung beteiligten Städte zu den drei wichtigsten Problemen.

WOHNUNGEN ZU EINEM VERNÜNFTIGEN PREIS

ES IST LEICHT, IN (NAME STADT) EINE GUTE WOHNUNG ZU EINEM VERNÜNFTIGEN PREIS ZU FINDEN.



■ Stimme voll zu ■ Stimme teilweise zu ■ Stimme teilweise nicht zu ■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht

Die Verfügbarkeit von Wohnungen zu einem vernünftigen Preis wird von den meisten Befragten in mehr als der Hälfte der an der Erhebung beteiligten Städte als Herausforderung wahrgenommen. Als besonders schwerwiegend wird dieses Problem in den Hauptstädten empfunden. Wohnen gehört in 12 Städten zu den drei wichtigsten Problemen und steht in sechs Städten auf Platz eins.

BESCHÄFTIGUNGSMÖGLICHKEITEN

IN (NAME STADT) IST ES LEICHT,
EINE ARBEIT ZU FINDEN

Stimme zu
Stimme nicht zu

	Prag	72	24
	Klausenburg	67	22
	München	62	20
	Bratislava	62	31
	Oslo	59	29
	Stockholm	58	33
	Sofia	58	34
	Antwerpen	56	34
	Warschau	54	38
	Hamburg	52	27
	Zürich	52	31
	Kopenhagen	51	32
	Wilna	51	33
	Antalya	51	45
	London	50	36
	Palermo	3	96
	Neapel	5	93
	Turin	9	85
	Großraum Athen	10	85
	Malaga	11	85
	Athen	11	84
	Oviedo	9	83
	Rom	12	83
	Bialystok	12	82
	Madrid	12	81
	Miskolc	12	80
	Lissabon	17	77
	Braga	17	77
	Barcelona	17	75
	Ostrau	19	75

Lediglich in 14 Städten stimmte die Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass es in ihrer Stadt leicht sei, eine Arbeit zu finden. **Arbeitslosigkeit** wurde in 52 Städten als eines der drei wichtigsten Probleme (aus einer Auswahl von zehn) genannt. In 23 dieser 52 Städte stand dieses Problem auf Platz eins.

LUFTQUALITÄT

SIND SIE MIT
DER LUFTQUALITÄT IN
IHRER STADT ZUFRIEDEN?

Stimme zu
Stimme nicht zu

	Rostock	94	5
	Groningen	92	6
	Bialystok	92	7
	Zürich	91	8
	Newcastle	90	7
	Aalborg	89	7
	Dublin	88	11
	Helsinki	88	11
	Oulu	88	11
	Wien	88	12
	Belfast	86	10
	Cardiff	86	12
	Kreuzburg an der Bistritz	86	13
	Leipzig	85	13
	Krakau	16	83
	Ostrau	23	76
	Bukarest	22	75
	Paris	25	73
	Athen	27	72
	Sofia	28	69
	Burgas	30	68
	Großraum Paris	30	68
	Rom	32	68
	Madrid	31	66
	Barcelona	33	66
	Palermo	34	65
	Neapel	34	65
	Turin	35	63
	Valletta	35	62
	Großraum Athen	39	59
	Graz	46	53
	Budapest	48	51

Luftqualität ist der Punkt, bei dem die Meinungen der Befragten am stärksten auseinandergehen. **Luftverschmutzung** gehört in 13 Städten zu den drei wichtigsten Problemen und steht in fünf Städten auf Platz eins.

DIE VERPFLICHTUNG MEINER STADT IM KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL

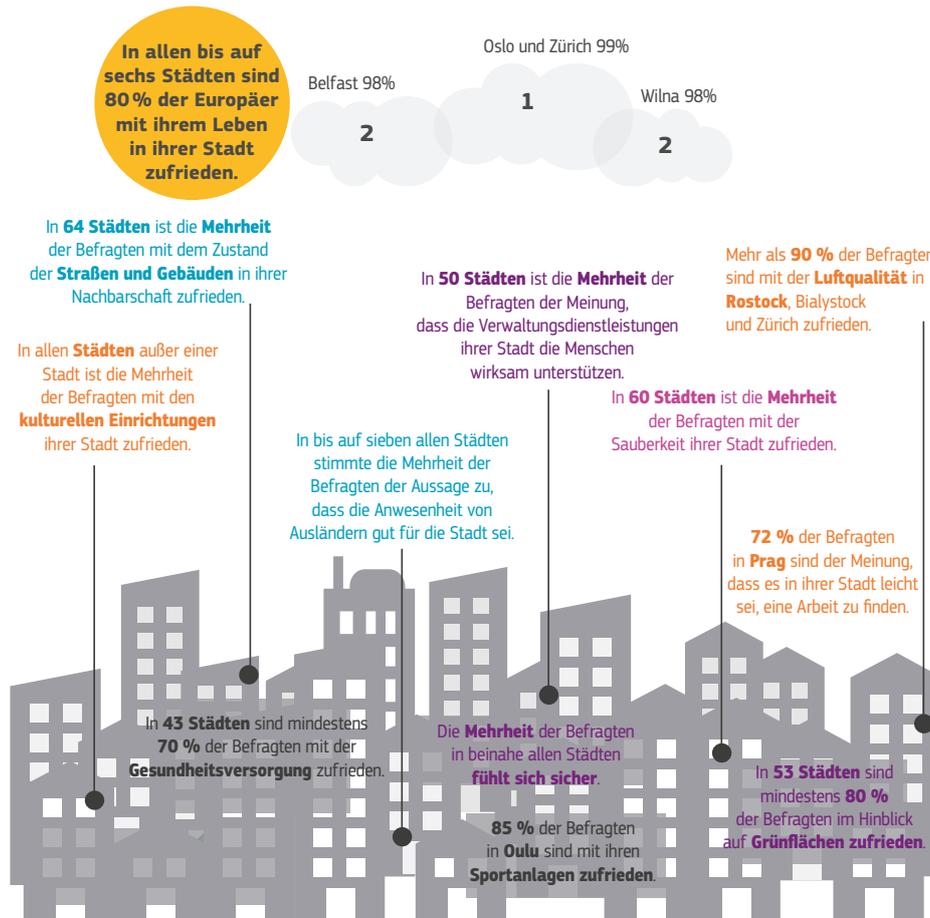
	Krakau	Zagreb	Graz	Wien	Malaga	Helsinki	Wilna	Bialystok	Budapest	Prag	Lille	Lissabon	Ankara	Brüssel	Istanbul
2015	60%	51%	67%	75%	58%	62%	62%	62%	55%	40%	64%	48%	52%	49%	41%
Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2012	+21	+15	+13	+12	+11	+10	+10	+10	+10	+10	-9	-9	-10	-10	-17

Rund zwei Drittel der Befragten (in 57 von insgesamt 83 an der Erhebung beteiligten Städten) stimmten der Aussage zu, dass ihre Stadt sich im Kampf gegen den Klimawandel verpflichtet fühle. Seit 2012 ist der Anteil derjenigen, die dieser Aussage zustimmen, in vielen europäischen Städten erheblich gestiegen. Der größte Anstieg

konnte in Krakau (mit einem Anstieg um 21% auf insgesamt 60%), Zagreb (mit einem Anstieg um 15% auf insgesamt 51%), Graz (mit einem Anstieg um 13% auf insgesamt 67%), Wien (mit einem Anstieg um 12% auf insgesamt 75%) und Malaga (mit einem Anstieg um 11% auf insgesamt 58%) verzeichnet werden.

Gründe, warum die Menschen gerne in europäischen Städten leben

Es wurden 41 000 Menschen in 79 europäischen Städten befragt. An der Erhebung nahmen alle Hauptstädte teil.



Quelle: Lebensqualität in Städten 2016, Europäische Kommission.

►MEHR DAZU

Die Umfrage aus dem Jahr 2015 und frühere Umfragen finden Sie unter: <http://europa.eu/lwD39kk>

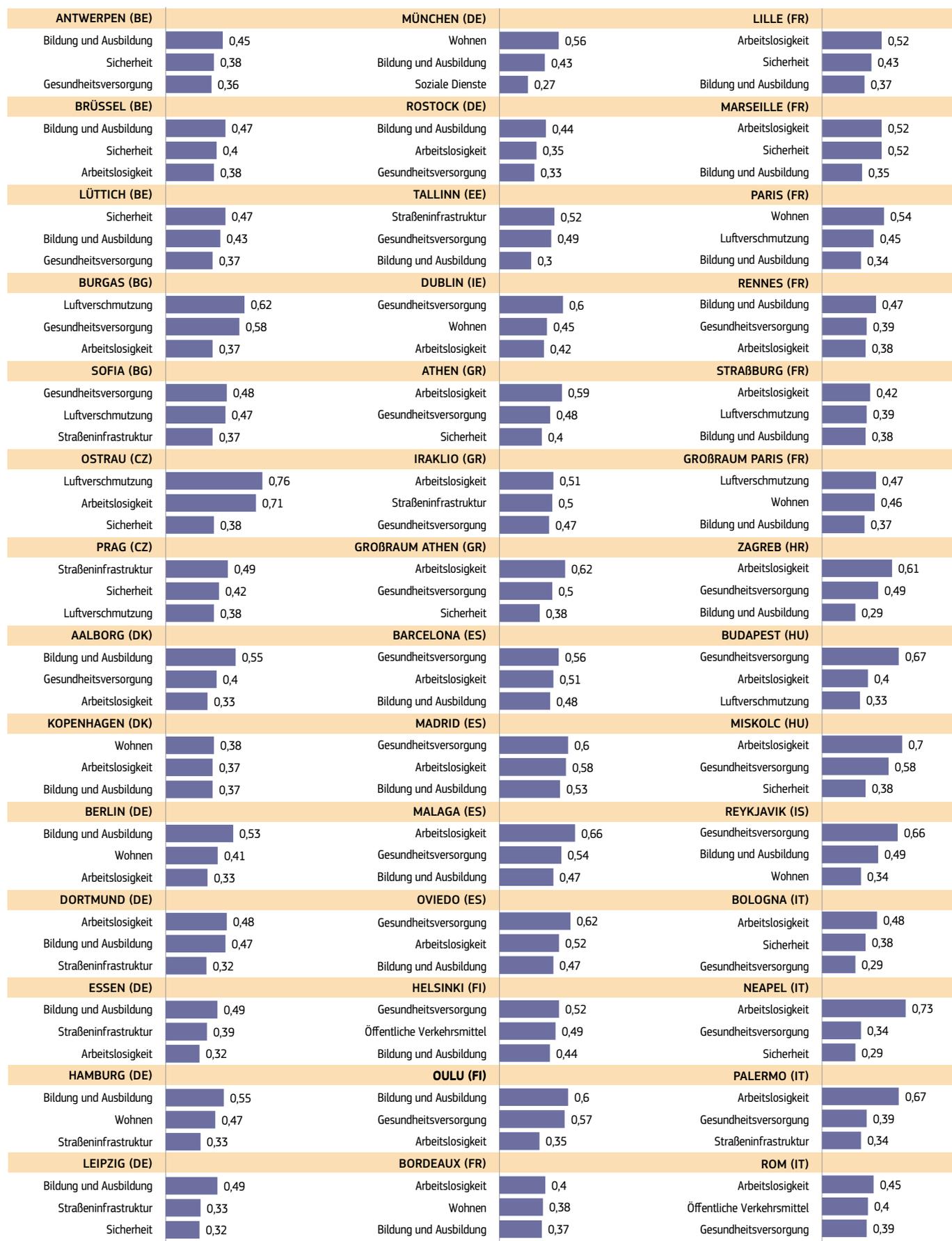
Alle Flash Eurobarometer finden Sie unter:

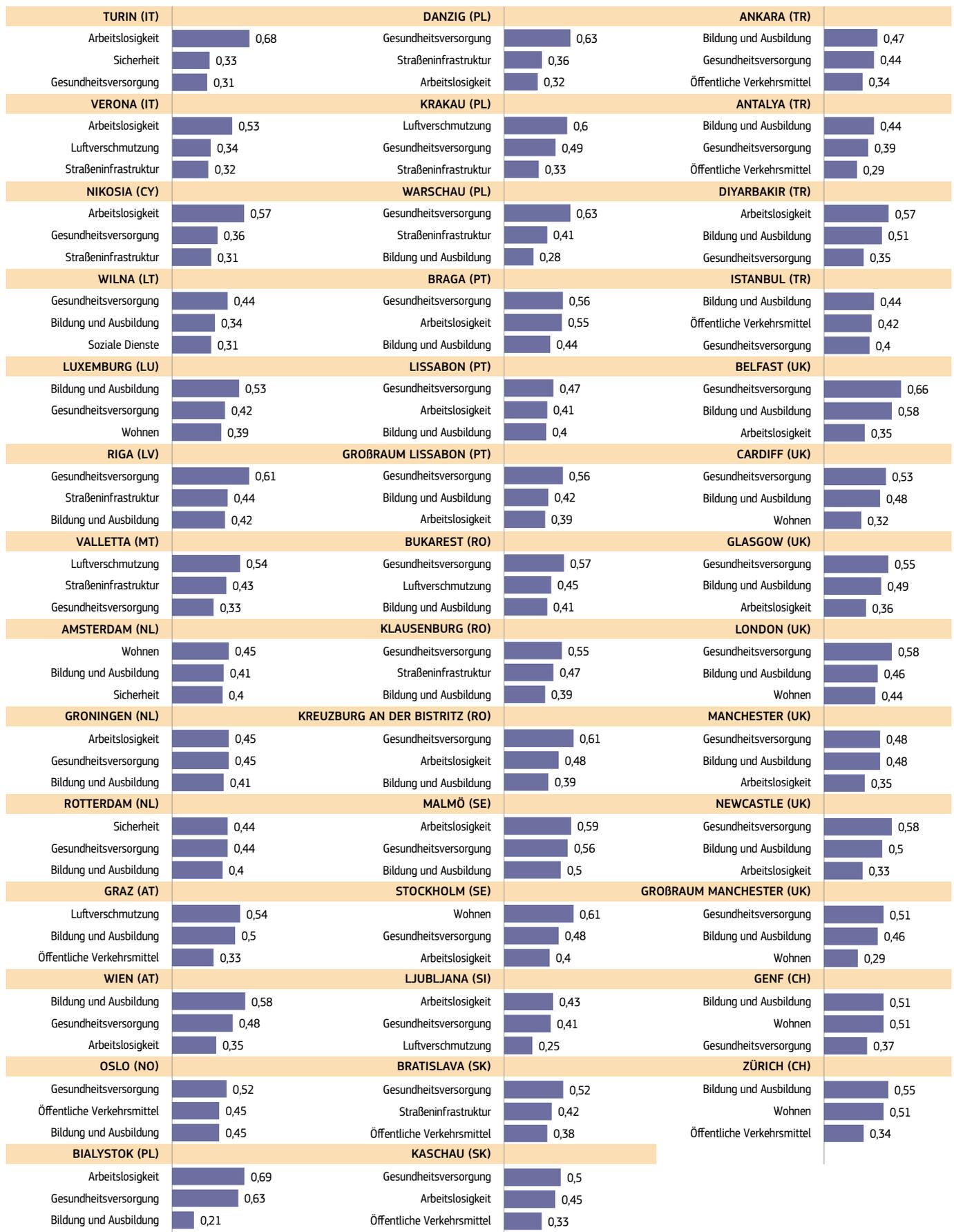
<http://europa.eu/ljx34Jp>

Länderberichte des Flash Eurobarometer 419

<http://europa.eu/lrV86pc>

WELCHE SIND IHRER MEINUNG NACH DIE DREI WICHTIGSTEN PROBLEME FÜR IHRE STADT?





▶ EUROPÄISCHE KOHÄSIONSPOLITIK EIN WICHTIGER FAKTOR FÜR SPANIENS ENTWICKLUNG UND INTEGRATION IN EUROPA

Im Zeitraum 2014-2020 fließen rund 28 600 Millionen Euro an Mitteln aus der Kohäsionspolitik nach Spanien und in die dortige Umsetzung struktureller Reformen zugunsten einer mittel- bis langfristig soliden, nachhaltigen Entwicklung.

Vor dreißig Jahren, als Spanien offiziell der Europäischen Gemeinschaft beitrug, konnten sich nur wenige vorstellen, wie groß der wirtschaftliche und soziale Wandel werden würde, den das Land in den Folgejahren erlebt hat. Das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 80er Jahre war vor allem dem innergemeinschaftlichen Handel und Strukturreformen zu verdanken. Wichtiger Wachstumsfaktor waren aber vor allem die Investitionen und die stabilisierende Wirkung der europäischen Kohäsionspolitik. Die Kohäsionspolitik hat auch zu einer relativ gleichmäßigen Wachstumsverteilung zwischen den Autonomen Gemeinschaften (AG) Spaniens gesorgt und damit, wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, zu wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenwachsen beigetragen. Bis heute ist Spanien zentrale Antriebskraft und Hauptbegünstigter und wichtiger Akteur der EU-Kohäsionspolitik.

Die Kohäsionspolitik, auf die etwa ein Drittel des EU-Haushalts entfällt, ist das Hauptinstrument zur Förderung von Investitionen in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen. Im Zeitraum 2014-2020 werden über 350000 Millionen Euro an EU-Mitteln in die Kohäsionspolitik fließen. Über Kofinanzierung aus den Mitgliedstaaten kommen so über eine halbe Billion Euro zusammen.

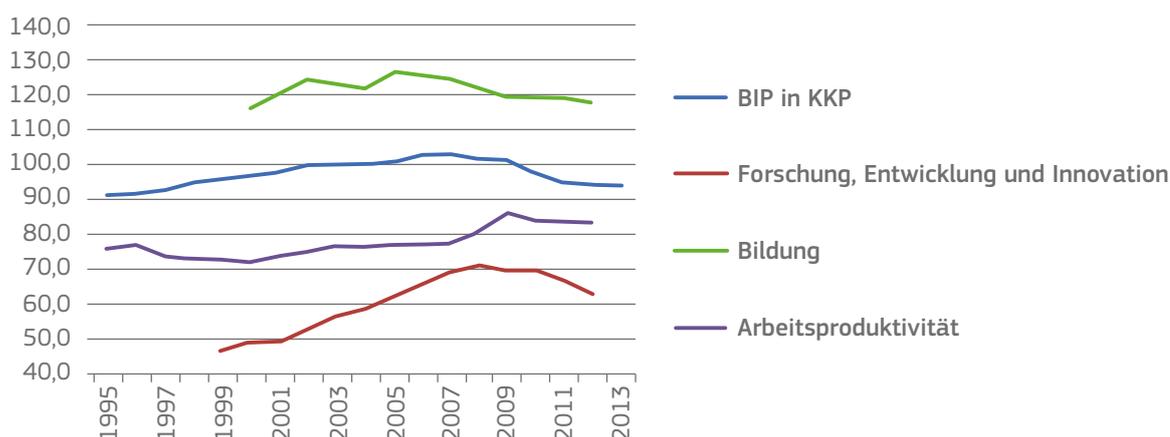
Spanien ist in absoluten Zahlen mit fast 200000 Millionen Euro im Zeitraum 1989-2020 der größte Mittelempfänger. In relativen Zahlen gemessen hat Spanien zwischen 1993 und 2003 die höchsten Beiträge erhalten. In dieser Zeit betrug der Anteil der Mittel aus der Kohäsionspolitik über 1 % des BIP pro Jahr und erhielt Spanien 25 % des insgesamt für Kohäsionspolitik zur Verfügung stehenden Budgets. Heute liegt Spanien mit 8 % des Budgets auf Platz drei der Empfänger und macht der Beitrag aus der Kohäsionspolitik jährlich etwa 0,3% des BIP aus.

Die Wirkung im Bereich der öffentlichen Investitionen ist jedoch ungleich größer. Denn die Unterstützung aus der EU-Kohäsionspolitik ist nicht nur in finanzieller Hinsicht wertvoll, sondern auch auf strategischer Ebene, indem das Potenzial zur Förderung intelligenter, nachhaltiger und integrativer Wachstums gestärkt wird. Zuletzt spielte dies insbesondere während der Wirtschaftskrise eine entscheidende Rolle, als öffentliche Investitionen von 9% im Jahr 2010 auf 27% im Jahr 2013 stiegen.

Unterstützung trägt Früchte

Sowohl Spanien als auch seine AG haben sich von der Mitte der 1990er Jahre bis 2007 deutlich an den europäischen Durchschnitt angenähert. Als die Immobilienblase platzte und während der darauf folgenden Wirtschaftskrise zeigten sich die Schwächen des spanischen Wachstumsmodells, das vor allem von Wirtschaftsaktivitäten mit niedrigem Mehrwert und einer unter dem europäischen Durchschnitt liegenden, stagnierenden Produktivität

PRO-KOPF-BIP IN KKP (KAUFKRAFTPARITÄTEN), AUSGABEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG IN % DES BIP, ZAHL DER BÜRGER MIT HÖHEREM BILDUNGSABSCHLUSS, ARBEITSPRODUKTIVITÄT (QUELLE: EUROSTAT)



geprägt war. Infolgedessen wurde der Prozess der Annäherung umgekehrt, und zwar nicht nur im Hinblick auf das Pro-Kopf-BIP, sondern auch auf anderen Ebenen (u. a. Forschung und Entwicklung, Zahl der Bürger mit höherem Bildungsabschluss). Der zu Beginn der Krise recht positive Trend bei der Arbeitsproduktivität war hauptsächlich auf die Entwicklung weg von Handarbeit und weniger produktiven Aktivitäten zurückzuführen.

Die Kohäsionspolitik war für die Annäherung in den Wachstumsjahren und die Begrenzung von Negativeffekten während der Krise entscheidend. Laut den zur Simulation der Wirkung kohäsionspolitischer Maßnahmen herangezogenen makroökonomischen Modellen fiel das spanische BIP dank der Unterstützung in den Jahren 2000-2006 und 2007-2013 um 0,9% bzw. 0,5% höher aus. Für den Zeitraum 2014-2020 wird das BIP Spaniens dank der Hilfen aus der Kohäsionspolitik voraussichtlich um 0,4% steigen. Diese positive Auswirkung wird besonders in denjenigen AG, die den größten Anteil der Mittel erhalten, festzustellen sein.

Dank der Unterstützung aus der Kohäsionspolitik konnten Investitionen auch frühzeitig an spezifische Bedürfnisse angepasst werden. So hat sich der ursprüngliche Schwerpunkt auf großen Infrastrukturvorhaben nach und nach zu Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation, IKT, Wettbewerbsfähigkeit von KMU und kohlenstoffarme Energien verlagert. Diese Bereiche erhalten über 46% der EFRE- und ESF-Mittel. Investitionen in Beschäftigung, Bildung und soziale Eingliederung machen beinahe ein Drittel der Gesamtmittel aus.

Kofinanzierungsprioritäten für den Zeitraum 2014-2020

Die Hauptpriorität ist die Investition in Humankapital, d. h. in höhere Arbeitsproduktivität und besseren Zugang zu Beschäftigung sowie in die Verbesserung von Bildung, Ausbildung und sozialer Eingliederung, insbesondere für die Jugend und gefährdete Gruppen. Erstens muss das Bildungs- und Ausbildungssystem angepasst werden, um jungen Menschen angemessene Unterstützung zukommen zu lassen. Der Umsetzung der Jugendbeschäftigungsinitiative kommt dabei besondere Bedeutung zu. Mit Unterstützung aus der Kohäsionspolitik wird die Beschäftigungsrate Schätzungen zufolge von 59% im Jahr 2012 auf 74% im Jahr 2020 steigen, während die Schulabbrecherquote

voraussichtlich von 25% im Jahr 2012 bis 2020 auf etwa 15% sinken wird und 1,5 Millionen Menschen vor sozialer Ausgrenzung und Armutsrisiko bewahrt werden könnten.

Zweitens sollte das Produktionssystem sich verstärkt Aktivitäten mit höherem Mehrwert zuwenden, etwa durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, die Förderung von Unternehmertum und Unternehmensgründungen, die Steigerung der Produktionsniveaus und die Stärkung der Präsenz in internationalen Märkten. Unternehmen müssen Zugang zu Finanzierungen über Garantien, Risikokapital, rückzahlbare Darlehen usw. haben. Spanien wird zudem Vorreiter bei der Umsetzung der Initiative für kleine und mittlere Unternehmen sein. Dank der Kohäsionspolitik wird bis 2020 voraussichtlich die gesamte spanische Bevölkerung Zugang zu 30 Mbit/s schnellem Internet haben und wird die Zahl der exportierenden Unternehmen deutlich ansteigen. Darüber hinaus sind einzelne Verkehrsinvestitionen zur Überwindung von Engpässen in der Wirtschaftsaktivität vorgesehen.

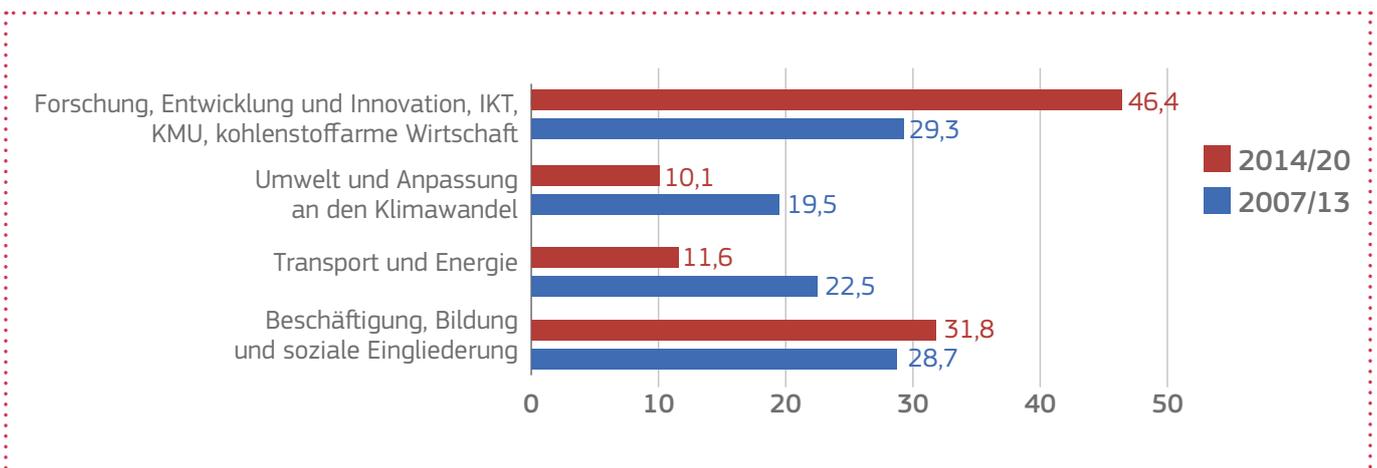
Ferner wird auf Förderung eines positiven Geschäftsumfelds für Innovation und intelligente Spezialisierung (RIS3) sowie auf die Stärkung von Forschung und Entwicklung gesetzt. Schätzungen zufolge werden die kohäsionspolitischen Maßnahmen zur Steigerung der privaten Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von 45% im Jahr 2012 auf 60% bis 2020 beitragen. Zudem wird prognostiziert, dass im Jahr 2020 25% der Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten in technologische Innovation investieren werden (im Vergleich zu 13% im Jahr 2012).

Weitere Prioritäten sind u. a. die Anregung zu einem nachhaltigeren Umgang mit natürlichen Rohstoffen, die Förderung erneuerbarer Energien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz von öffentlichen Gebäuden, Haushalten und KMU. Gefördert werden außerdem ein nachhaltiges städtisches Verkehrswesen und biologische Vielfalt. Zur Erfüllung der EU-Vorgaben in diesem Bereich werden gezielte umweltbezogene Investitionen getätigt.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/information/maps/methodological_note_eu_spi.pdf
www.eif.org/what_we_do/guarantees/sme_initiative/index.htm

VERTEILUNG DER GESAMTMITTELZUWEISUNG FÜR KOHÄSIONSPOLITIK IN SPANIEN NACH THEMATISCHEN ZIELEN IN % (VERGLEICH 2014-2020 UND 2007-2013) (QUELLE: EUROPÄISCHE KOMMISSION, GD REGIO)



► MESSUNG DES SOZIALEN FORTSCHRITTS

IHRE MEINUNG ZÄHLT BEIM ENTWURF FÜR DEN REGIONALEN INDEX ZUM SOZIALEN FORTSCHRITT IN DER EU

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission hat einen neuen Entwurf für den regionalen Index zum sozialen Fortschritt in der EU für Rückmeldungen von Interessenvertretern und zur öffentlichen Kommentierung freigegeben. Mit dem Index soll der soziale Fortschritt von 272 europäischen Regionen gemessen werden und eine Ergänzung zu den traditionellen Maßstäben für wirtschaftlichen Fortschritt auf Basis des BIP, des Einkommens und des Beschäftigungsniveaus geschaffen werden.

Die Messung des sozialen Fortschritts kann als Grundlage für die Entwicklungsstrategien der EU-Regionen dienen. Der Index bewertet die absolute Leistung für jeden der 50 Indexindikatoren auf einer Skala von 0-100.

Die aktuellsten Zahlen zum sozialen Fortschritt zeigen, dass der Index in Rumänien und Bulgarien am niedrigsten und in Nordeuropa und den Niederlanden am höchsten ist. Auch in Österreich, Deutschland, Luxemburg, Irland und im Vereinigten Königreich ist das Niveau des sozialen Fortschritts hoch. Belgien, Frankreich und Spanien erzielen insgesamt gute Werte, auch wenn der Index für einige Regionen dieser Länder deutlich niedriger ausfällt als jeweils für den Rest des Landes. In Griechenland und im südlichen Teil Italiens erreichen manche Regionen sehr niedrige Bewertungen. Im Vergleich dazu erzielen Estland, einige Regionen Tschechiens und der östliche Teil Sloweniens trotz ihres relativ niedrigen Entwicklungsstands recht hohe Bewertungen.

Beim Vergleich des Indexes zum sozialen Fortschritt mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, einer Kennzahl für wirtschaftliche Aktivität, fällt auf, dass ein deutlicher und positiver Zusammenhang zwischen beiden besteht, der mit steigendem Pro-Kopf-BIP aber immer schwächer ausfällt. Dies zeigt sich vor allem in Hauptstadtregionen. So haben etwa Bukarest, Bratislava, Prag, Brüssel, Luxemburg und London alle einen im Vergleich zu ihrem Pro-Kopf-BIP relativ niedrigen Index zum sozialen Fortschritt. Andere Regionen erzielen einen höheren Index als ihr BIP pro Kopf vermuten ließe. Dies trifft auf Nordeuropa und die meisten niederländischen Regionen, aber auch auf die polnische Region Podlaskie und die Regionen Cornwall und West Wales und die walisischen Valleys im Vereinigten Königreich zu.

Zweck des Indexes ist es, den Regionen eine Möglichkeit zur Identifizierung ihrer Stärken und Schwächen im Vergleich zu Regionen mit ähnlicher Wirtschaftsleistung zur Verfügung zu stellen. Ausführliche Angaben finden sich auf den Bewertungskarten für die einzelnen Regionen. Die Bewertungskarten sind

SO FUNKTIONIERT ES

IM INDEX WERDEN DREI DIMENSIONEN BERÜCKSICHTIGT:

- 1 GRUNDLEGENDE MENSCHLICHE BEDÜRFNISSE
- 2 GRUNDLAGEN DES WOHLBEFINDENS
- 3 CHANCEN

Eine Karte der drei Dimensionen findet sich unter:
http://ec.europa.eu/regional_policy/mapapps/social_progress/spi.html

über folgenden Link zu erreichen: http://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/maps/social_progress

Jede Dimension setzt sich aus vier thematischen Bereichen zusammen. Bei den zwölf entsprechenden Elementen zeigen sich erhebliche Unterschiede sowohl innerhalb der einzelnen als auch zwischen den Mitgliedstaaten. Die Bereiche decken Themen wie Gesundheitsversorgung, Qualität und Erschwinglichkeit von Wohnraum, persönliche Sicherheit, Zugang zu Hochschulbildung und Umweltverschmutzung ab.

Der Index wurde von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit dem Social Progress Imperative und dem baskischen Institut für Wettbewerbsfähigkeit Orkestra entwickelt. Er orientiert sich am globalen Index zum sozialen Fortschritt, der für die EU angepasst wurde. Der Index wurde jedoch nicht zum Zwecke der Mittelzuweisung erschaffen und er ist für die Europäische Kommission nicht bindend.

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs für den Index sollen Rückmeldungen von Interessengruppen zu den Themen, zu den einbezogenen Indikatoren und zur Zusammenfassung der Indikatoren zu einer abschließenden Bewertung für die einzelnen Regionen eingeholt werden.

Anmerkungen und Vorschläge werden erbeten an:
REGIO-B1-PAPERS@ec.europa.eu

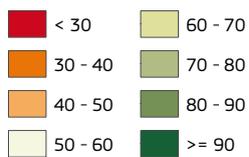
Eine überarbeitete Fassung des regionalen Index zum sozialen Fortschritt wird im Oktober 2016 veröffentlicht.

►MEHR DAZU
<http://europa.eu/dg63bb>



EU-Index zum sozialen Fortschritt

Index



Quelle: GD REGIO



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

► DAS „WELTSTÄDTE“-PROJEKT: INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

Verstädterung ist eine globale Herausforderung, die eines nachhaltigen und inklusiven Ansatzes bedarf. Ronald Hall, Hauptberater für internationale Zusammenarbeit in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD Regio), beleuchtet den Beitrag des Weltstädte-Projekts zur Stadtentwicklung inner- und außerhalb der EU.

Nach Angaben der Vereinten Nationen lebten im Jahr 2014 54% der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten. 1950 waren es noch 30%; bis 2050 wird der Anteil voraussichtlich auf 66% steigen. Die Verstädterung ist auf den verschiedenen Kontinenten unterschiedlich stark ausgeprägt. Am höchsten ist der Anteil der Menschen, die in Städten leben, in Nordamerika (82%), Lateinamerika und der Karibik (80%) sowie in Europa (73%). Afrika (40%) und Asien (48%) waren 2014 noch relativ ländlich geprägt.

Für die kommenden Jahre wird mit der weltweiten Ausweitung des Trends zur Verstädterung auch in Afrika und Asien gerechnet. Bis 2050 könnte auch auf diesen beiden Kontinenten der Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung auf 56% bzw. 64% ansteigen. Die Herausforderung für die Politik weltweit wird darin bestehen, diese Entwicklung nachhaltig und inklusiv zu gestalten. Für Schwellenländer bedeutet dies, dass erfolgreiche Modelle für die Stadtentwicklung entwickelt werden müssen, während weiter entwickelte Industrienationen die in der Vergangenheit unterlaufenen Fehler bei der Stadtentwicklung beheben müssen.

Zweigleisiger Ansatz

Die Förderung nachhaltiger regionaler und städtischer Entwicklung zählt zu den wichtigsten Anliegen der EU und ist Kernelement der Regional- und Städtepolitik der EU. Dies hat erst kürzlich der Generaldirektor der DG Regio Walter Deffaa in Mumbai betont: „Wir fahren einen zweigleisigen Ansatz: Innerhalb der EU nutzen wir die verfügbaren regulatorischen und Investitionsinstrumente und bauen Wissensnetzwerke zwischen den Städten in der EU auf; außerhalb der EU bemühen wir uns durch Kooperationen mit Großstädten in anderen Ländern um die Erweiterung und Stärkung unserer städtepolitischen Handlungsfähigkeit.“

In Reaktion auf die sich durch die rasante Verstädterung ergebenden Herausforderungen hat die DG Regio in den vergangenen zehn Jahren mit ihren Pendanten außerhalb der EU zu Themen der Regionalpolitik und Stadtentwicklung zusammengearbeitet.



► Walter Deffaa, Generaldirektor für Regional- und Kommunalpolitik, richtete im Januar 2016 das Wort an die „World Cities“-Konferenz in Mumbai, Indien

Das Europäische Parlament hat diese Bemühungen nachdrücklich unterstützt und für eine Vielzahl von regional- und städtepolitischen Themen Mittel gebilligt. Seit 2014 läuft diese Unterstützung in Form einer vorbereitenden Maßnahme (VM) mit dem Titel „Weltstädte: Kooperation der EU mit Drittländern im Bereich Stadtentwicklung“, die im Zeitraum 2014-2016 (bzw. nun verlängert bis 2017) von der DG Regio umgesetzt wird.

Herzstück dieser VM ist das gleichnamige Projekt „Weltstädte“, das die EU bei der Umsetzung ihres integrierten Bottom-up-Modells zur Stadtentwicklung in ihren Partnerländern unterstützt. Das Projekt fördert mittels eines wechselseitigen, interaktiven Prozesses dezentralisierte Kooperationen zwischen regionalen und städtischen Behörden und anderen Interessenträgern in EU- und Nicht-EU-Ländern.

Das Weltstädte-Projekt knüpft an die zunehmend wichtiger werdende Rolle der Zusammenarbeit bei der Stadtentwicklung in den diplomatischen Beziehungen der EU mit dem Rest der Welt an. Dies zeigt sich insbesondere in der Beziehung der EU zu China. Im Mai 2012 haben führende Politiker der EU und Chinas gemeinsam den Startschuss für eine Partnerschaft zum Thema Verstädterung gegeben. Damit wurde eine offene politische Plattform geschaffen, auf der die Interessenträger beider Partner hinsichtlich wirtschaftlicher, sozialer und umweltbezogener Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verstädterung zusammenarbeiten und Erfahrungen austauschen können.

Arbeit in Städtepaaren

Das Weltstädte-Projekt verzeichnet gute Fortschritte. Zum einen fördert das Projekt die Zusammenarbeit zwischen ausgewählten Regionen und Städten der EU-Mitgliedstaaten. Zum anderen regt es den Austausch zwischen Regionen und Städten mit vier Nicht-EU-Partnerländern an, die verschiedenartige Erfahrungen mit städtischer Entwicklung beitragen können: Kanada, China, Indien und Japan. In Kooperation mit den jeweiligen nationalen Behörden arbeiten jeweils vier bis fünf Städte aus den Partnerländern im Rahmen von Städtepaaren unmittelbar mit Partnerstädten aus EU-Mitgliedstaaten zusammen.

Die Auswahl der teilnehmenden EU-Städte erfolgte anhand ihrer Eignung als Demonstrationsregionen und ihrer Bereitschaft, konkrete Maßnahmen oder Programme, darin eingeschlossen solche mit dem Ziel der Erschließung neuer Markt-möglichkeiten, in Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Städten zu identifizieren und zu entwickeln.

Kooperiert wird bei Themen wie „grüne“ Stadtentwicklung, Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität. Ein weiterer Schwerpunkt sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: von der Förderung regionaler und städtischer Innovationssysteme über die Internationalisierung von KMU bis hin zur Förderung von Start-ups usw. Am Projekt beteiligt sind auch nicht-traditionelle Interessenträger aus der EU und aus Nicht-EU-Ländern, darunter Unternehmen, Technologietransferagenturen, Universitäten und Forschungszentren. Das Projekt bringt die Vertreter der beteiligten Städte in Plenarkonferenzen, bilateralen Treffen und gegenseitigen Städtebesuchen in den Partnerländern und Europa zusammen.

„Entdeckungsreise“

Die portugiesische Stadt Almada arbeitet mit dem kanadischen Saanich zusammen. Mark Boysen aus Saanich beschreibt die bisherige Kooperation zwischen den beiden Städten im Rahmen des Weltstädte-Projekts als „Entdeckungsreise“. Besonders interessiert ist die Stadt Saanich daran, zu erfahren, wie es Almada, Gewinner des Preises der Europäischen Mobilitätswoche 2010, gelungen ist, seine Treibhausgasemissionen aus dem Stadtverkehr seit 2001 deutlich zu reduzieren. Die aktuellste Initiative Almadas in diesem Bereich ist ein Willkommenspaket zur nachhaltigen Mobilität, das an Neubürger ausgegeben wird und Informationen zu den städtischen Verkehrssystemen, eine Übersichtskarte zum ÖPNV und kostenlose Fahrkarten enthält. Zudem hat Almada in Bildungsmaßnahmen für alle Altersgruppen investiert. Während Saanich an einer ausgewogeneren Gewichtung des Verkehrsaufkommens verschiedener Verkehrsträger und an der Vernachlässigung der Mobilität arbeitet, tauscht die Stadt Wissen mit Almada aus.

Gemeinsame Interessen

Ein wichtiges Ergebnis des Projekts ist eine gemeinsame elektronische Online-Plattform, auf der Informationen und bewährte Maßnahmen ausgetauscht werden können, um politischen Entscheidungsträgern und Experten in den Städten zu Themen wie der besseren Anbindung von Städten und ländlichem Raum technische Hilfe an die Hand zu geben. Darüber hinaus wird das Projekt den Dialog zwischen Städten innerhalb und außerhalb der EU auch über die Städtepaare hinaus anregen.

Die allgemeine Begeisterung für das Projekt und den Austausch von Informationen und bewährten Maßnahmen zwischen Städten, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind, war sehr groß. Aus den Kooperationen zwischen Städten aus der EU und aus China sind bereits Absichtserklärungen hervorgegangen, in denen gemeinsame Prioritäten und eine Struktur für die weitere Zusammenarbeit festgelegt wurden.

Das Weltstädte-Projekt wird die Beziehungen zu wichtigen Partnern der EU stärken, indem gemeinsame Instrumente und Lösungen für länderübergreifend ähnlich gelagerte Probleme entwickelt werden. Die Erfahrungen aus diesen Kooperationen werden auch für zukünftige außenpolitische Projekte und Programme der EU, insbesondere solche im Rahmen des Partnerschaftsinstruments der Union, von Bedeutung sein. Durch einfallsreiche Maßnahmen wie dem Weltstädte-Projekt übernimmt die EU eine führende Rolle bei der Entwicklung einer neuen internationalen Agenda zur Stadtentwicklung und der Schaffung allgemeinen Mehrwerts für die internationale Diplomatie.

STÄDTEPAARE

CHINA-EU

WUHAN-BARCELONA (ES); CHENGDU-DUBLIN (IE); GUANGZHOU-LYON (FR); SHANTOU-ANDALUCÍA (ES); TIANJIN-WEST MIDLANDS (UK)

INDIEN-EU

MUMBAI-KOPENHAGEN (DK); NAVI MUMBAI-STUTT GART (DE); CHANDIGARH-LATIUM (IT); PUNE-WARSCHAU (PL)

KANADA-EU

EDMONTON-VITORIA-GASTEIZ (ES); HALIFAX-TALLINN (EE); OTTAWA-HANNOVER (DE); SAANICH-ALMADA (PT)

JAPAN-EU

KITAKYUSHU-RIGA (LV); KUMAMOTO-LEIPZIG (DE); TOYAMA-BURGAS (BG); SHIMOKAWA-VÄXJÖ (SE)

► MEHR DAZU

<http://world-cities.eu/>

<http://europa.eu/!Qk84KC>

▶ PERSONENVERKEHRSDIENSTE IM BLICK

REGIONALE UND STÄDTISCHE INDIKATOREN ZUR UNTERSTÜTZUNG VON EISENBAHNINVESTITIONEN

Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 werden im Rahmen der Kohäsionspolitik beinahe 19 Milliarden EUR für Schienenverkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellt, von denen der Großteil für weniger entwickelte Regionen bestimmt ist. Vergleichbare Indikatoren zur Schieneninfrastruktur und zu deren Nutzung leisten einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung und Durchführung dieser Politik.

Mit einem unlängst veröffentlichten Arbeitspapier ist ein wichtiger Schritt in Bezug auf die Analyse von Eisenbahndiensten in ganz Europa getan worden. Erstmals werden umfassende und vergleichbare Informationen zur Geschwindigkeit und Frequenz von Personenverkehrsdiensten in der gesamten EU und der Schweiz geliefert.

Dank beträchtlicher Bemühungen bei der Datenerhebung und -umwandlung ist es nun möglich, die drastischen Unterschiede bei den Eisenbahndiensten in Europa sichtbar zu machen und aufzuzeigen, welche Länder, Regionen und Städte besonders hochwertige bzw. geringwertige Dienste anbieten.

Für das Arbeitspapier wurden sämtliche Personenverkehrsdienste analysiert, die an einem bestimmten Wochentag im Jahr 2014 betrieben wurden. Die erhobenen Daten dienen dabei als Grundlage für die Bestimmung der Durchschnittsfrequenz und Geschwindigkeitsschätzungen für alle direkten Zugverbindungen.

Die Karte der Durchschnittsgeschwindigkeit der Verbindungen zeigt beispielsweise die herausragende Leistung bestimmter Hochgeschwindigkeitsanschlüsse auf und beleuchtet daneben die Probleme im Zusammenhang mit Geschwindigkeiten von unter 60 km/h, die in den meisten Schienennetzen in Rumänien, Bulgarien und Teilen Griechenlands zu erkennen sind. Wenn diese Netze bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h oder mehr betrieben würden, könnten sie eine bedeutendere Rolle im Personenverkehr einnehmen.

Kontrolle der Zugänglichkeit

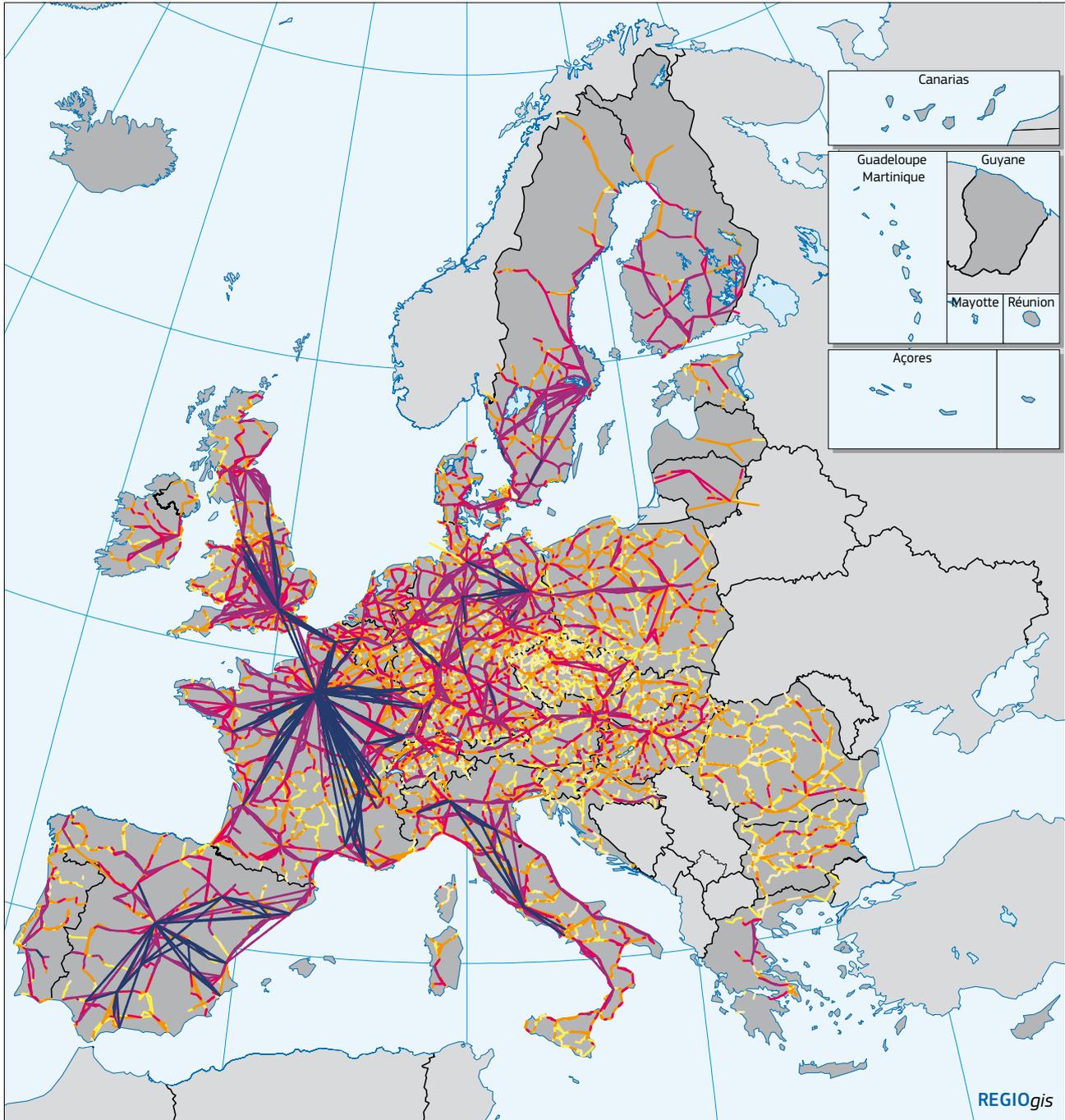
In dem Arbeitspapier wird zudem ein Gesamtüberblick über Geschwindigkeit und Frequenz der Dienste nach Land und Region gegeben und es wird ein Indikator für die Zugänglichkeit des Personenschienenverkehrs zwischen Städten vorgeschlagen. Dieser stadtspezifische Indikator fasst die Gesamtbevölkerung derjenigen Städte zusammen, die innerhalb von drei Stunden erreicht werden können. Dabei wird die Gesamtreisezeit, einschließlich eventueller Wartezeiten, berücksichtigt, die Reiseziele werden aber auf für Tagfahrten relevante Ziele begrenzt.

Auch wenn Zugänglichkeit und hohe Verstädterung in definitivem Zusammenhang zueinander stehen, ist der Zugang zu Eisenbahndiensten in vielen städtischen Ballungsräumen in Osteuropa (und teilweise auch in Südeuropa) weiterhin vergleichsweise schlecht.

Schließlich wird in dem Papier die Durchschnittsgeschwindigkeit von kurzen Inter-City-Verbindungen mit der von inländischen und grenzüberschreitenden Verbindungen verglichen. Die Analyse zeigt, dass grenzüberschreitende Verbindungen zwischen Städten stets mit einer geringeren Geschwindigkeit betrieben werden als nationale Verbindungen. Wartezeiten an der Grenze sowie eine unzureichende Koordinierung der Fahrpläne können eine Erklärung für einige der leistungsbezogenen Unterschiede sein.

Eine ausführlichere Analyse von Bahnfahrplaninformationen sollte möglich sein, sobald eine bessere Integration EU-weiter Bahndatenmodelle zur Verfügung steht.

▶ MEHR DAZU
<http://europa.eu/!tV48bN>



Durchschnittsgeschwindigkeit direkter Zugverbindungen, 2014

km/h

- <= 40,0
- 40,1 - 60,0
- 60,1 - 80,0
- 80,1 - 100,0
- 100,1 - 150,0
- > 150,0
- Keine Daten/unvollständige Daten

Geschwindigkeit berechnet entlang gerader Linien, die die Verbindung zwischen zwei aufeinanderfolgenden Haltestellen darstellen. Alle direkten Zugverbindungen zwischen geolokalisierten Bahnhöfen in der Zeit von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr am 02.10.2014 (EE, IE: 2013; EL, Korsika, Nordirland: 2015).
 Quellen: UIC, www.peatus.ee, Nationale Verkehrsbehörde Irland, TrainOSE Griechenland, Chemins de Fer de la Corse, Translink Northern Ireland Railways, EuroGeographics, OpenStreetMap, TomTom, RRG, GD REGIO

0 500 Km

© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

► EIN SPAZIERGANG IM GRÜNEN

ZUGANG ZU GRÜNFLÄCHEN IN EUROPAS STÄDTEN

Eine neue Methodik verwendet Indikatoren zur Beurteilung des Vorhandenseins und der Verfügbarkeit von sowie des Zugangs zu städtischen Grünflächen für die städtische Bevölkerung in Europa.

Grünflächen in Städten wie Parks, öffentliche Gärten und umliegende Wälder übernehmen eine Reihe von Funktionen, die von ökologischen Funktionen bis hin zu Freizeit- und Erholungsfunktionen reichen. Sie sind zudem von ästhetischem Wert, spielen eine bedeutende Rolle bei der Förderung der öffentlichen Gesundheit und tragen ganz allgemein zur Verbesserung der Lebensqualität der Einwohner bei.

Die Messung des tatsächlichen Vorhandenseins und der Größe von Grünflächen in Städten anhand vorhandener statistischer Datenquellen ist recht unkompliziert. Die reine Existenz solcher Grünflächen garantiert allerdings nicht, dass diese ihre Funktionen für die Mehrheit der städtischen Bevölkerung auch erfüllen können. Grünflächen sind unter Umständen in bestimmten Stadtteilen konzentriert, und der Zugang zu ihnen kann zum Beispiel für Fußgänger problematisch sein.

Aus Gründen wie diesen wurde eine Methodik entwickelt, welche die räumliche Verteilung sowohl der Bevölkerung als auch der Grünflächen in einem Stadtgebiet berücksichtigt und die Erstellung von Indikatoren zur Nähe der Grünflächen zur städtischen Bevölkerung ermöglicht.

An Boden gewinnen

Um vergleichbare Ergebnisse zu erzielen, wurden harmonisierte, EU-weite Datenquellen genutzt, darunter Flächennutzungsdaten und zählungsbasierte Bevölkerungszahlen bei höchst möglicher räumlicher Auflösung aus dem Copernicus Urban Atlas. Durch die Kombination dieser Daten mit einem vollständigen Straßennetz ist es möglich, die Gesamtfläche der Grünflächen zu berechnen, die ein Anwohner innerhalb von zehn Minuten zu Fuß erreichen kann.

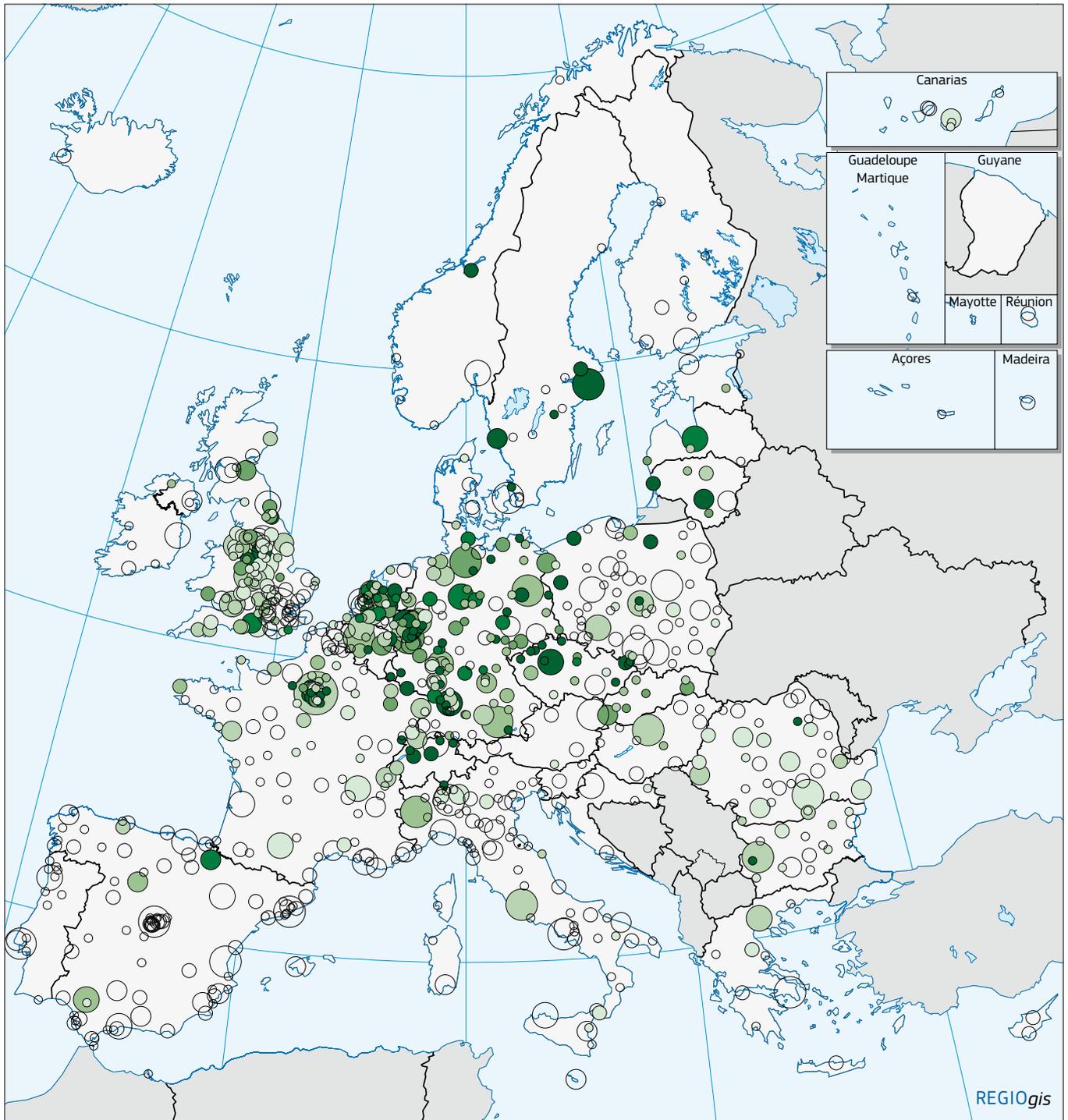
Auf gesamtstädtischer Ebene zeigt der Medianwert dieser nahegelegenen Grünflächen (auf der Karte angegeben) die Unterschiede im Hinblick auf die Nähe der Grünflächen zur Bevölkerung. Unter den größeren Hauptstädten schwankt der Medianwert der nahegelegenen Grünflächen zwischen weniger als 15 Hektar in Städten wie Bukarest, Paris, Budapest, Rom oder Sofia und mehr als 50 Hektar in Prag und Stockholm.

In einem Arbeitspapier wird näher auf diese Methodik und die Ergebnisse eingegangen. Gezeigt wird auch, dass die neuen Indikatoren zusätzliche Informationen über das Vorhandensein und die Verteilung von Grünflächen liefern. Da die Erhebung der Urban Atlas-Daten noch nicht abgeschlossen ist, wird diese Analyse in der nahen Zukunft auf weitere Städte ausgeweitet werden. Die aktualisierten und vervollständigten Daten für die einzelnen Städte werden über die Inforegio-Website zur Verfügung gestellt werden.

► MEHR DAZU

<http://europa.eu/!rX73Dj>

<http://land.copernicus.eu/local/urban-atlas>



Zugang zu städtischen Grünflächen, 2012

Hectares	Bevölkerung Stadtzentrum
○ < 10	○ < 100 000
○ 10 - 15	○ 100 000 - 250 000
○ 15 - 20	○ 250 000 - 500 000
○ 20 - 25	○ 500 000 - 1 000 000
○ 25 - 30	○ 1 000 000 - 5 000 000
○ ≥ 30	○ ≥ 5 000 000
○ Keine Daten	○ ≥ 5 000 000

Bevölkerungsgewichteter Mittelbereich städtischer Grünflächen und Wälder, die innerhalb von zehn Minuten zu Fuß erreicht werden können.
 Quellen: Copernicus Urban Atlas, Nationale Statistische Ämter, TomTom, REGIO GIS

0 500 Km

© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

►NACHRICHTEN

[IN KÜRZE]

▼

SPIELERISCH LERNEN



In den vergangenen Jahren hat die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung eine Reihe unterhaltsamer und pädagogisch wertvoller

Produkte für junge Menschen (im Alter von etwa 8-13 Jahren) und für Lehrkräfte entwickelt. Das aktuellste und innovativste dieser Produkte ist das 'Web-Dokument „Partner“, ein Abenteuerspiel, welches das volle Spektrum an Multimedia-Tools nutzt und die Spieler in sechs Regionen der Europäischen Union führt. Die Spurensuche veranschaulicht regionalpolitische Aktivitäten, die die Entwicklung der Regionen der EU sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger und die Verbindungen zwischen ihnen fördern. Diese digitale Version des Comicbuchs Partner bietet eine unterhaltsame Lernerfahrung.

►MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/edu

▼

BREITERER FOKUS FÜR FOTOWETTBEWERB DER REGIONEN

In diesem Jahr ist der Fotowettbewerb von „Europe in My Region“ Teil einer größeren Kampagne, mit der EU-Bürger dazu angeregt werden sollen, sich EU-geförderte Projekte in ihrer Region vor Ort anzuschauen und mehr darüber zu erfahren. Im Mai 2016 werden verschiedene Projekte in ganz Europa im Rahmen einer größer angelegten Aufklärungskampagne ihre Türen für die Öffentlichkeit öffnen. Dazu haben die Verwaltungsbehörden Informationen zu den geplanten Veranstaltungen auf interaktiven Karten auf die Info regio-Website hochgeladen (siehe unten stehenden Link).

Einige der Projekte werden zudem an einer „Schatzsuche“ teilnehmen. Dazu werden Hinweise an den Projektstandorten versteckt, die dann von den Besuchern gesucht werden können. Die besten Fotos und erfolgreiche Teilnehmer an der Schatzsuche werden mit Preisen ausgezeichnet. Auch der traditionelle Facebook-Fotowettbewerb findet wie in den letzten Jahren statt, diesmal jedoch mit verlängerter Einsendefrist von Mai bis August. Alle Einzelheiten zum Wettbewerb finden sich auf der Info regio-Website oder der Facebook-Seite von „Europe in My Region“.

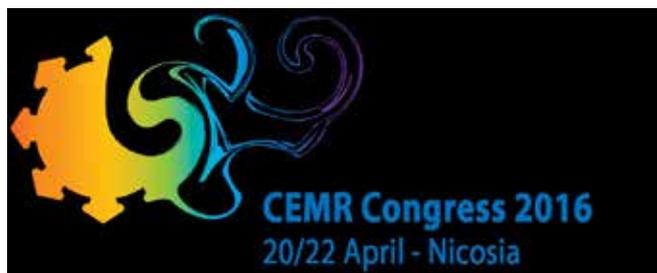
►MEHR DAZU

<http://europa.eu/!WV98rM>

▼

CEMR

Der diesjährige Kongress des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) findet vom 20. bis 22. April in Nikosia (Zypern) statt. Die Veranstaltung bietet für Bürgermeister, Ratsmitglieder und Ratsvorsitzende der Regionen eine Gelegenheit, Themen wie Migration, Klimawandel, lokale Finanzen und Gebietsreformen zu besprechen. Am Kongress teilnehmen werden außerdem führende EU-Politiker, UN-Vertreter, Experten, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft. Die Anmeldung zum Kongress ist über den unten stehenden Link möglich.



►MEHR DAZU

www.cemr2016.eu

PLAN FÜR ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN

Eine von der Europäischen Kommission veröffentlichte neue Studie zur Verwaltungskapazität auf der Ebene der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) bietet erstmals einen umfassenden Überblick über EU-weit bestehende Kapazitäten, Strukturen, Systeme und Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität im öffentlichen Auftragswesen.

Im Sinne der Initiative „Ergebnisorientierter EU-Haushalt“ möchte die Kommission mit der Studie zu mehr Effizienz und Transparenz bei der Verwendung von Steuergeldern und damit zu besseren Ergebnissen beitragen. Knapp die Hälfte der Mittel aus den ESI-Fonds fließen über öffentliche Aufträge in die Realwirtschaft.

Die Studie basiert auf Sekundärforschung für alle 28 Mitgliedstaaten, Feldinterviews in 15 Mitgliedstaaten, Fallstudien in der Tschechischen Republik und Portugal und einer EU-weiten Online-Befragung von Fachleuten und bewertet die Stärken und Schwächen der einzelnen Systeme in den 28 Länderprofilen. Darüber hinaus listet die Studie 35 bewährte Verfahren, die von den Entscheidungsträgern zur Steigerung der Verwaltungskapazität, insbesondere im Hinblick auf Personalmittel, Systeme und Instrumente sowie Führungsstrukturen, angewandt werden können. Auf der Grundlage einer tiefgründigen Analyse bietet das Dokument somit konkrete Empfehlungen für die Ergebnisoptimierung sowohl auf EU- als auch auf Mitgliedstaatenebene.

►MEHR DAZU
<http://europa.eu/!vF38WH>

OFFENE DATEN FÜR BESSERE LEISTUNG

1) WELCHE ART VON INFORMATIONEN STEHT AUF DER OFFENEN DATENPLATTFORM FÜR ESI-FONDS ZUR VERFÜGUNG?

Die Plattform bietet Informationen zu allen fünf ESI-Fonds und zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. Die angebotenen Informationen beziehen sich hauptsächlich auf den Förderzeitraum 2014-2020. Zudem werden die



Finanzierung sowie die gemeinsamen Indikatoren der ESI-Fondsprogramme visualisiert. Der Plattform liegt ein Datenkatalog zugrunde, der auch Datensätze zu Ergebnissen der Kohäsionspolitik im Förderzeitraum 2007-2013 enthält (Kohäsionsfond, EFRE und ESF).

2) WELCHE DIENSTE WERDEN AUF DER PLATTFORM ANGEBOTEN?

Über die Online-Visualisierungen bietet die Plattform eine transparente Übersicht über die Investitionen im Rahmen der ESI-Fonds und deren erwartete Ergebnisse. Nutzer können zudem die Rohdatensätze im Datenkatalog einsehen und eigene Filter oder Ansichten einstellen, um die Darstellungen beispielsweise in ihre Website einzubinden oder über soziale Medien zu teilen.

3) WOHER STAMMEN DIE INFORMATIONEN?

Die Daten auf der Plattform stammen aus über 530 nationalen, regionalen und interregionalen Programmen, die im Rahmen der ESI-Fonds von der Kommission nach Gesprächen mit den jeweiligen nationalen und regionalen Behörden verabschiedet wurden.

4) WELCHE NEUERUNGEN SIND FÜR 2016 VORGESEHEN?

Die Visualisierungen, die derzeit für die einzelnen Ländern und nach Themen möglich sind, sollen bis Ende 2016 auch auf Programmebene zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden auch die Fortschritte der Programme bei der Umsetzung ihrer Ziele dargestellt.

Ferner wird der Datenkatalog um andere Arten von Datensätzen zu EU-politischen Themen erweitert.

►MEHR DAZU
<https://cohesiondata.ec.europa.eu/>
<http://europa.eu/!tY69KR>

▶ GRATULATION ZUM JAHRESTAG, IQ-NET!

20 JAHRE ERFAHRUNGSAUSTAUSCH IM BEREICH STRUKTURFONDS



▶ IQ-Net-Mitglieder kommen zusammen, um 20 Jahre Netzwerkarbeit zu feiern

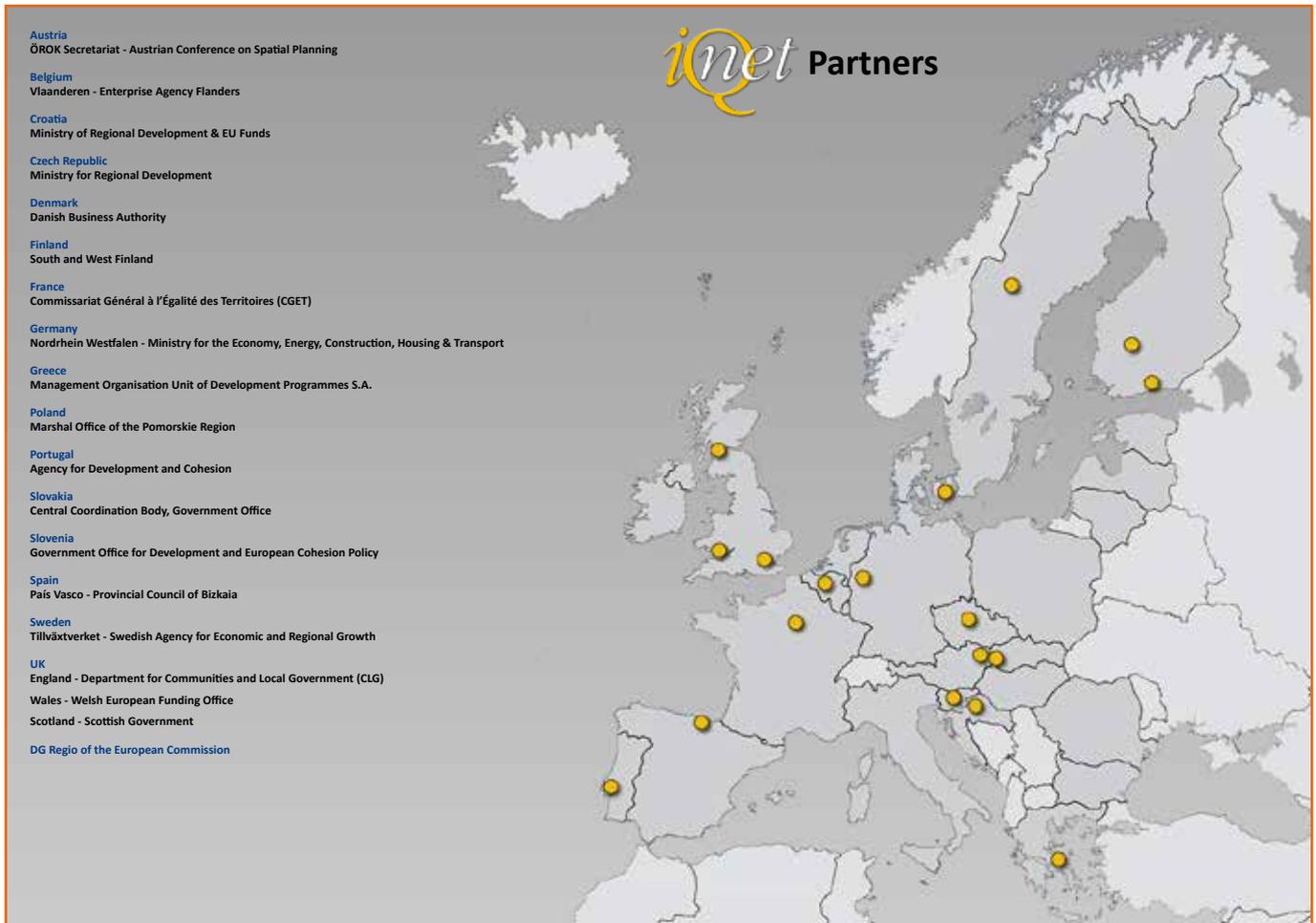


Panorama hat Professor John Bachtler, Direktor des European Policies Research Centre (EPRC) der Universität Strathclyde in Glasgow, Schottland, und Stefan Kah (Netzwerkmanager bei IQ-Net) gebeten, die Arbeitsweise von IQ-Net und die Bedeutung des Jahrestags des Netzwerks zu erläutern.

„Improving the Quality of Structural Funds Programme Management“ (IQ-Net) ist eines der am längsten bestehenden europäischen Netzwerke für den Wissensaustausch im Bereich Kohäsionspolitik. Das im Februar 1996 gegründete und vom EPRC geleitete Netzwerk, das in den vergangenen zwei Jahrzehnten insgesamt 40 Konferenzen zu verschiedenen Aspekten des Programm-Managements abgehalten hat, feiert nun sein 20-jähriges Bestehen.

IQ-Net ist vielen zwar ein Begriff, aber können Sie trotzdem kurz den Zweck des Netzwerks erläutern?

John Bachtler: Der Name des Netzwerks „Improving the Quality of Structural Funds Programme Management“ fasst eigentlich schon zusammen, worum es bei IQ-Net geht. Ziel ist es, den Austausch von Erfahrungen und das Peer-to-Peer-Lernen in Bezug auf gemeinsame Herausforderungen, denen sich Programm-Manager gegenübersehen, zu ermöglichen. Diese Lernform konzentriert sich in der Hauptsache auf Aufgaben im Programm-Management-Zyklus – Strategieentwicklung, Programmierung, Projekterstellung, Bewertung und Auswahl, Partnerkoordination, Überwachung, Evaluierung, Finanzmanagement, Kontrolle und Audit. Sie umfasst zudem einige zentrale thematische Prioritäten wie Innovation, Unternehmertum, Beschäftigung und Nachhaltigkeit sowie regulatorische Fragen zur Einhaltung von Vorschriften zu staatlichen Beihilfen.



Wer sind die Partner von IQ-Net?

Stefan Kah: Das Netzwerk bringt 18 Programm-Management-Stellen aus 16 Mitgliedstaaten zusammen: aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Kroatien, Österreich, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Tschechien und dem Vereinigten Königreich. Diese sind gemeinsam für die Verwaltung von beinahe einem Drittel der Fördermittel der EU-Kohäsionspolitik zuständig. Die meisten Mitglieder sind Verwaltungsbehörden. Wir arbeiten aber auch mit einigen nationalen Koordinierungsstellen und ein paar zwischengeschalteten Stellen zusammen. Hauptvoraussetzung ist, dass sie über Erfahrung im Zusammenhang mit der Implementierung von Strukturfonds verfügen und sich dem offenen Erfahrungsaustausch verpflichten. Auch die Europäische Kommission (GD REGIO und GD EMPL) ist aktiver Partner. Das EPRC bietet Unterstützung im Bereich Forschung und Organisation.

Um auf den Begriff „Erfahrungsaustausch“ zurückzukommen – was bedeutet das in der Praxis?

SK: Das Herz des Wissensaustauschs sind die halbjährlichen IQ-Net-Konferenzen, die sich jeweils mit einem spezifischen Management-Thema befassen, das von den Partnern ausgewählt wird. Im Vorfeld zu jeder Konferenz untersucht das EPRC, wie das entsprechende Thema (z. B. Projektauswahl und -überwachung) in den jeweiligen Partnerländern oder -regionen praktische Anwendung findet. Die Ergebnisse werden in Themenpapieren zusammengetragen, um einen Überblick über die Praxis in der EU zu geben. Auf diese Weise werden auch interessante und innovative Fallbeispiele und Erkenntnisse in Bezug auf das Programm-Management aufgezeigt. Wenn die Partner also über ein Thema diskutieren, haben Sie einen guten Einblick in die Gemeinsamkeiten und Unterschiede und wissen, inwiefern ihre eigenen Programm-Management-Erfahrungen der internationalen Praxis entsprechen. Außerdem bieten wir bei bestimmten Implementierungsfragen Ad-hoc-Unterstützung für unsere Partnerorganisationen.

IQ-Net wird dieses Jahr 20. Wie hat alles angefangen?

JB: Die Idee, ein Netzwerk ins Leben zu rufen, kam von der Strathclyde European Partnership, die für die Verwaltung des Western Scotland European Regional Development Fund Programme zuständig war. Sie wurde von anderen „Ziel 2“-Regionen (altindustriellen Gebieten) in den EU-15 und den Regionen in den Beitrittsländern von 1995 mit Begeisterung aufgegriffen. Die DG REGIO (vormals DGXVI) leistete mit einer Beihilfe nachdrückliche Unterstützung, um das Netzwerk in Gang zu bringen. Mit seiner langjährigen Erfahrung im Bereich Forschung und Wissensaustausch auf dem Gebiet der Regionalpolitik war das EPRC die logische Wahl für die Leitung des Netzwerks.

Es gibt zahlreiche Formen des Erfahrungsaustauschs in der EU. Wodurch zeichnet sich IQ-Net aus?

SK: Wirksames Peer-to-Peer-Lernen muss gut vorbereitet sein, um einen offenen und gegenseitigen Austausch von Erfahrungen zu ermöglichen. Wir investieren in großem Maße in die Wissensgenerierung, um eine solide Basis für den Erfahrungsaustausch zu bieten. Das mehrsprachige Forschungsteam des EPRC betreibt gründliche Recherchen zu den praktischen Erfahrungen mit Themen aus dem Bereich Programm-Management in Europa und greift dabei auf Bewertungen und akademische Erkenntnisse zurück. IQ-Net-Meetings fördern die positive Interaktion, zum Beispiel über praxisorientierte Workshops. Wir veröffentlichen Papiere, die viel praktisches Wissen enthalten, und im Laufe der Zeit haben wir ein Informationsarchiv zu beinahe jedem Aspekt des Programm-Managements aufgebaut.

Welche Belege gibt es für die Wirksamkeit des Erfahrungsaustauschs, wie ihn IQ-Net betreibt?

JB: Alle drei Jahre unterziehen wir IQ-Net einer Leistungsbeurteilung. Der offensichtlichste Vorteil ist, dass Programm-Manager sich an anderen messen können. Zudem wurde die Wirksamkeit des organisatorischen Lernens bewiesen: Aus IQ-Net-Berichten und Debatten gingen neue Ideen und Lösungen in Bereichen wie Projektauswahl und Überwachungssysteme hervor. Partnerprogramme haben Änderungen

eingeführt, bei denen auf bewährte Verfahren des Netzwerks zurückgegriffen wurde. Zudem baut IQ-Net Beziehungen zwischen den Programmen auf und – was noch wichtiger ist – ermöglicht den informellen Dialog mit den Kommissionsdienststellen über Herausforderungen im Kontext mit dem Programm-Management.

Was steht für IQ-Net als nächstes an?

JB: IQ-Net hat im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte einen konstanten Prozess der Anpassung durchlaufen. Dieser Prozess dauert auch weiterhin an, wobei man sich an den Bedürfnissen der Partner orientiert. Es besteht eine wachsende Nachfrage nach dem Aufbau von Verwaltungskapazitäten und wir könnten uns vorstellen, mehr im Bereich Ausbildung tätig zu werden. Wir werden die Umsetzung der neuen Reformen – neue thematische Prioritäten, Ergebnisorientierungs- und Leistungsrahmen, Finanzinstrumente, integrierte Investitionen – während des laufenden Programmplanungszeitraums im Auge behalten und machen uns schon jetzt Gedanken über die Zeit nach 2020. Auch in Zukunft wird es ausreichend Themen geben, die den Austausch von Erfahrungen erfordern, und wir freuen uns darauf, mit IQ-Net einen Beitrag zur Förderung des effizienten Lernens zu leisten.



►MEHR DAZU
<http://www.eprc.strath.ac.uk/iqnet>

▶ PROJEKTBEISPIELE

▶ SPANIEN

▶ ZUNEHMEND AGRARFORSCHUNG IN SPANIEN



Gesamtkosten:
3 285 349 EUR
EU-Beitrag:
2 628 279 EUR

Ein im westlichen Teil Spaniens angesiedeltes Projekt hat zur Stärkung der Forschung und Entwicklung in der Landwirtschaft sowie zur Verbesserung der Verbindungen zwischen lokalen Unternehmen und der wissenschaftlichen Gemeinschaft beigetragen. Mit Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) konnten dem Forschungsinstitut Finca La Orden-Valdesquera – neben der Schaffung von Arbeitsplätzen – neue Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Das Institut, das Teil des Zentrums für Wissenschaftliche und Technologische Forschung der Extremadura (CICYTEX) ist, hat die Fördermittel für die Renovierung und den Ausbau seiner wissenschaftlichen Infrastruktur aufgewendet, wozu auch der Bau eines neuen Biotechnologie-Lagers und wesentliche Verbesserungen der Bewässerungsausrüstung zählten. Der Kauf neuer Materialien zur Verwendung in den Labors und Versuchsbetrieben ermöglicht es den Wissenschaftlern zudem, Spitzenforschung zu betreiben.

Finca La Orden-Valdesquera ist jedoch nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in verwandten Bereichen wie der Forstwirtschaft oder dem Einsatz natürlicher Ressourcen forschend tätig. Zu den zentralen Projektbereichen zählen derzeit die Bewertung und Evaluierung von Energiepflanzen, die Ermittlung von Lösungen für eine verbesserte Agrarproduktion und die Gewinnung von Erkenntnissen über die Viehzucht.

Den Horizont erweitern

Landwirte, andere Forschungsorganisationen, lokale Unternehmen und Genossenschaften profitieren durch eine Reihe von Technologietransferinitiativen gleichermaßen von der Arbeit des Instituts. Bislang konnten mit der Projektförderung Informationstage, Workshops, Konferenzen und Vorlesungen realisiert werden. Für Forscher, Techniker und

Hochschulstudenten, die sich auf den Bereich Landwirtschaft spezialisieren, wurden zudem Schulungen angeboten. Ferner wurden Partnerschaften mit lokalen Unternehmen und Forschungszentren eingerichtet, um Austauschbesuche zu ermöglichen.

Dank der soliden Ressourcengrundlage ist das Institut nun in der Lage, ein deutlich breiteres Publikum für seine Tätigkeiten und Projektergebnisse zu sensibilisieren. Dies konnte vorwiegend über die Entwicklung von Werbemitteln, einschließlich der Überarbeitung der Website, erreicht werden. Des Weiteren wurden neue Publikationen verfasst und in Umlauf gebracht. Damit sollte die Annahme des Technologietransfers in der Agrargemeinschaft weiter verbessert werden.

Neue Arbeitsplätze

Die Projektinvestitionen haben zur Schaffung von mehr als 400 neuen Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekten sowie rund 70 Kooperationsinitiativen mit lokalen Unternehmen geführt. Überdies haben die Tätigkeiten zur Schaffung von 35 Arbeitsplätzen beigetragen.

Laut Carmen González Ramos, Generaldirektorin von CICYTEX, hat die Unterstützung Fortschritte bei der Forschung zu und der Entwicklung von Erzeugnissen, die die Extremadura verlassen, mit sich gebracht, was sowohl den lokalen Unternehmen als auch Landwirten zugutekommt. Das Projekt hat zudem zur Verbesserung der sozioökonomischen und ökologischen Situation der ländlichen Gegenden in der Extremadura beigetragen.

▶ MEHR DAZU

cicytex.gobex.es/en/centros/la-orden-valdesquera

►VEREINIGTES KÖNIGREICH

► „SOFTWARE CITY“ FÖRDERT INNOVATION

Dank der Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) haben IT-Unternehmen im Nordosten Englands einen Ort, an dem sie sich auf Produktentwicklung und -wachstum konzentrieren können. Das Software-Zentrum in Sunderland bietet moderne Einrichtungen zum Arbeiten sowie für eine Reihe von Tätigkeiten zur Unterstützung von Unternehmen.

Das Zentrum, das 63 Unternehmen mehr als 6000 m² Mietfläche und modernste Ausrüstung und Einrichtungen bietet, wurde im Jahr 2012 vom Stadtrat von Sunderland eröffnet. Zur Förderung der Zusammenarbeit mit lokalen Talenten bietet das Zentrum einen „Sandkasten“ und Innovationsräume, wo Unternehmen mit Ideen und Konzepten experimentieren können. Zudem stehen ein Entwicklungs- und Testzentrum und „Community Engagement“-Räumlichkeiten für Workshops zur Verfügung.



Sunderland Software City (SSC) ist eine erfolgreiche Kooperation zwischen dem Stadtrat, der Universität, dem College und dem North East Business and Innovation Centre von Sunderland. Die im Jahr 2008 in Partnerschaft mit dem Privatsektor ins Leben gerufene Initiative bietet eine zentrale Anlaufstelle für KMU-Software-Start-ups und etabliertere Unternehmen. Bisher hat sie mehr als 260 Softwareunternehmen unterstützt, bei der Schaffung von rund 335 Arbeitsplätzen in der Region mitgewirkt und so einen Beitrag zur Erweiterung der Technologieunternehmensbasis um beinahe 20 % geleistet.

SSC bietet Unternehmensberatungsdienste in Bereichen wie Markteinstiegshilfe, Finanzplanung und Vermittlungsgeschäfte, Marktforschung oder Zugang zu internationalen Investitionsdienstleistungen. Außerdem wirbt SSC in dem Bestreben, neue Kunden- und Marktkontakte aufzubauen, bei Unternehmen aus anderen Sektoren (darunter Industrie, Gesundheitsversorgung und erneuerbare Energien) dafür, die Vorteile digitaler Technologien zu erfahren.

Talente im Visier

SSC ist ständig bestrebt, neue Beziehungen mit öffentlichen, privaten und Bildungsorganisationen aufzubauen, um die Möglichkeiten für lokale Softwarefirmen zu maximieren. Es besteht zum Beispiel eine enge Beziehung mit der Digital Catapult-Initiative des Vereinigten Königreichs. Im vergangenen Jahr eröffnete SSC eines von drei regionalen Digital Catapult-Zentren (DCC): das DCC North East & Tees Valley – eine Kollaboration zwischen fünf lokalen Hochschulen und zwei lokalen Unternehmenspartnerschaften, die von SSC geleitet werden. Ziel ist es, Unternehmen im Vereinigten Königreich dabei zu unterstützen, geschützte Daten auf sichere und effizientere Art und Weise auszutauschen und so neuen Mehrwert aus Organisationsdaten zu erschließen und neue Handelsmodelle zu untersuchen.

SSC und lokale Partner spielen zudem eine zentrale Rolle in Tech City, der Tech Cluster Alliance des Vereinigten Königreichs, im National Virtual Incubator-Projekt von Cisco und in der Work Discovery-Initiative von Sunderland, die das Bewusstsein junger Menschen für sich ihnen bietende Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten stärken soll.

Durch den Aufbau von Beziehungen und Partnerschaften mit anderen Organisationen hat SSC an seine Errungenschaften angeknüpft und eine langfristige Vision für die Softwarebranche in der Region entwickelt. Der Schwerpunkt liegt nun auf der Entwicklung zentraler Stärken, der Schaffung neuer Möglichkeiten und der Maximierung internationaler Handelsverbindungen bei gleichzeitigem Abbau von Hemmnissen für das Wachstum innovativer Softwareunternehmen.

►MEHR DAZU
www.sunderlandsoftwarecity.com

Gesamtkosten:
 17 440 107 EUR
EU-Beitrag:
 8 713 330 EUR

▶ EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT: LETTLAND UND LITAUEN

▶ **GEMEINSAME ANSTRENGUNGEN ZUR BEWÄLTIGUNG VON UMWELTKATASTROPHEN**

Lettlund und Litauen haben ein grenzüberschreitendes Rettungsteam und ein Frühwarnsystem eingerichtet, um potentielle Naturkatastrophen um das Lielupe-Becken besser bewältigen zu können. Die Region gilt, weil große Mengen an chemischen und petrochemischen Produkten auf Straße und Schiene sowie über die Pipeline durch die Region transportiert werden, als Gebiet mit hohem Risiko.

Das Lielupe ECO-Projekt, das Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhielt, hat sein Rettungsteam mit moderner Ausrüstung ausgestattet, damit es schnell reagieren kann, um Verschmutzungen infolge von Unfällen vorzubeugen und zu beseitigen. Das Team besteht aus Fachleuten aus den örtlichen Kommunen sowie aus Mitgliedern der Feuerwehren und Rettungsdienste der lettischen Stadt Mitau und der Grenzbezirke Schaulen und Ponewiesch. Alle Mitglieder des Teams erhalten zum Ausbau ihrer Zivilschutzkapazitäten regelmäßige Schulungen.

Das Frühwarnsystem des Projekts nutzt das Internet und mobile Textnachrichten, um für einen schnellen und effizienten Einsatz des Rettungsteams zu sorgen. Das Verfahren wurde erstmalig in Mitau, einer Stadt mit hohem Hochwasserrisiko, durchgeführt und daraufhin auch in anderen Städten in der Region eingeführt.

Hilfskräfte und Gemeinden auf beiden Seiten der Grenze haben im Hinblick auf den Austausch von Informationen, Erfahrung und Fachwissen in erheblichem Maße von dem Projekt profitiert. Dies wiederum hat den Projektpartnern geholfen, ihre Reaktionsfähigkeit bei Naturkatastrophen zu verbessern.

Zudem konnten die Standards für das Risikomanagement in den Grenzregionen erheblich angehoben werden, nicht zuletzt deshalb, weil das gemeinsame Rettungsteam Zugang zu mehr Ressourcen hatte als früher, als sie unabhängig voneinander agierten.

Schnelle Reaktion

Während der zweijährigen Laufzeit des Projekts wurden 75 Seminare zu verschiedensten Themen im Zusammenhang mit Naturkatastrophen und der Reaktion auf daraus resultierende Notfälle abgehalten. Im Rahmen dieser Veranstaltungen erhielten Studenten und Anwohner Informationen über das Projekt und lernten, wie sie sich im Katastrophenfall am besten verhalten sollten.

Insgesamt hat Lielupe ECO durch die Bereitstellung verbesserter Notfalldienste zur Erhöhung der Sicherheit und Lebensqualität der Anwohner beigetragen. In der Zukunft wird sich dies positiv auf die Förderung einer stärkeren und besser integrierten Grenzgemeinschaft auswirken.

Projektmanagerin Liene Rulle betont, das Projekt habe beiden Regionen den Austausch von Informationen ermöglicht, die auf anderem Wege nicht erhältlich oder zumindest schwierig zu sammeln gewesen wären. Die Verbesserung der Qualität und der Zugänglichkeit der Risikomanagement-Dienstleistungen wird ein weiteres wichtiges Erbe des Projekts sein.



▶ MEHR DAZU

www.jelgava.lv/pasvaldiba/projekti/2014-gads/latvijas---lietuvu-parrobezu-sadarbibas6/ekologisko-avariju-likvidesana-un-vides-7

Gesamtkosten:
1 150 511 EUR
EU-Beitrag:
977 934 EUR

►EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT: SLOWENIEN UND KROATIEN

► BEKÄMPFUNG SOZIALER AUSGRENZUNG DURCH GRENZÜBERSCHREITENDE FREIWILLIGENARBEIT

Eine Initiative zur Schaffung von Möglichkeiten im Freiwilligensektor hat eine Win-Win-Lösung in der slowenisch-kroatischen Grenzregion hervorgebracht. Neben der Ermittlung innovativer Wege zur Unterstützung örtlicher Gemeinschaften stand bei dem City Volunteers-Projekt die Hilfe für benachteiligte Gruppen und Minderheiten beim Zugang zu Freiwilligenarbeit als Möglichkeit für die Verbesserung ihrer Lebensqualität und ihrer sozialen Eingliederung im Vordergrund.

Das Projekt, das vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert wurde, bot professionelle, harmonisierte Unterstützung, um es Menschen zu ermöglichen, eine Freiwilligentätigkeit entsprechend ihren Bedürfnissen und Wünschen zu finden. Zudem wurden Anstrengungen unternommen, die Bildungsstandards der Freiwilligen anzuheben, und besonderes Gewicht lag auf der Bereitstellung von Hilfe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

Ein zentrales Ziel lag in der Ermittlung neuer Wege zur Förderung der Freiwilligenarbeit und ihres Nutzens in der Stadt Maribor in der slowenischen Podravje-Region und der benachbarten Stadt Warasdin in der Gespanschaft Varaždin sowie in der kroatischen Stadt Tschakathurn in der Gespanschaft Međimurje. Ferner verfolgte das Projektteam die Absicht, ein Netzwerk von Freiwilligenorganisationen zu schaffen und all seine Tätigkeiten durch die Entwicklung einer kohärenten Struktur für den Sektor zu unterstützen. Solide Strategie

Zur Verwirklichung der Ziele untersuchte City Volunteers die Freiwilligenarbeit auf verschiedenen Ebenen. Die Projektanalyse erstreckte sich auf die Bereiche Forschung, strategische Entwicklung, Sichtbarkeit, Kapazitätsaufbau und Möglichkeiten der Bereitstellung praktischer Unterstützung für Freiwilligenorganisationen.

Im Anschluss an die ausführliche Untersuchung widmete sich das Projektteam der Ausarbeitung und Umsetzung einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Strategie für die Ausbildung von Freiwilligen. Als Teil des Kapazitätsbildungsprozesses wurde ein Netzwerk eingerichtet, das aus regionalen Informationsstellen und Bibliotheken bestand, die in der Lage waren, Freiwilligengruppen Unterstützung zu bieten.

Zusätzlich wurden im Rahmen des Projekts Schulungen zur Verbesserung der Fähigkeiten und Kompetenzen junger freiwilliger Führungskräfte angeboten und verschiedenste Schulungsmaterialien erarbeitet.



Das Team entwickelte außerdem neue Formen der Freiwilligenarbeit, darunter das „Corporate Volunteering“, durch das Unternehmen und Organisationen ermutigt werden, sich an Gemeinschaftsinitiativen zu beteiligen. Um sicherzustellen, dass solche Maßnahmen auch richtig durchgeführt werden, wurden IKT-Werkzeuge zur Verfügung gestellt, u. a. ein Freiwilligen-Webportal. Es wurden mehrere Veranstaltungen organisiert, um für den Nutzen der Freiwilligenarbeit für die Gesellschaft und den Gemeinschaftszusammenhalt zu sensibilisieren.

Das City Volunteers-Projekt lief zwar 2013 aus, sein Vermächtnis lebt jedoch weiter: Die Regionalbüros, Bibliotheken und das Webportal sind weiterhin aktiv in der Förderung von Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit tätig. Die Kosten werden von den Kommunen getragen. Das Projekt hat zudem zur Schaffung von zwei festen Arbeitsplätzen beigetragen.

►MEHR DAZU
www.city-volunteers.si/

Gesamtkosten:
614 696 EUR
EU-Beitrag:
522 492 EUR
(bewilligter
Maximalbetrag)

▶ GRIECHENLAND

▶ INVESTITIONEN ALS BEITRAG ZUR VERBESSERUNG DER PRODUKTION – UND DER EXPORTLEISTUNG

Ein griechischer Hersteller von Strohhalmen hat mit Hilfe einer vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) gestützten Investition in Ausrüstung seine Produktionsprozesse verbessern und seine Ausföhrfähigkeit ankurbeln können.

Matrix Pack SA hatte bereits eine Führungsposition in seiner Branche inne. Es ist das einzige Unternehmen in Europa, das alle Arten von Trinkhalmen herstellt und behaupten kann, 70-75 % seiner Produkte weltweit zu exportieren. Der niedrige Preis des Endprodukts, die Notwendigkeit der Beachtung verschiedenster Fertigungsstandards und strenge Hygienekontrollen stellen jedoch eine Herausforderung für Produktion und Wachstum dar.

Hochmoderne Anlagen

Das Ziel von „Extroversion I“ (im Rahmen des operationellen Programms „Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmertum“) war die Erweiterung der innovativen Kapazitäten des Unternehmens im Hinblick auf die Fertigung von Trinkhalmen bei gleichzeitiger Erhöhung des Exportpotentials. Das Projekt übernahm die Kosten für drei neue spezielle Produktionsanlagen, mit Hilfe derer Matrix die Produktion und Vermarktung seiner Produkte modernisieren konnte.

- ▶ Mit der Hochgeschwindigkeits-Wellpappenmaschine, die den Trinkhalmen ihre signifikante Beugung verleiht, konnte die Endphase des Produktionsprozesses automatisiert werden. Durch die Verbindung dieser Maschine mit zwei anderen neuen Anlagen kann Matrix seine Produktivität um 30% erhöhen.
- ▶ Mit der Einzel-Verpackungsmaschine kann jeder Trinkhalm einzeln entweder in einer Kunststoffolie oder in Papier verpackt werden. Diese Maschine ermöglicht zudem Aufdrucke auf das Verpackungsmaterial, was für einige Kunden eine attraktive Option ist.
- ▶ Mit der automatischen Abpackmaschine können Trinkhalme in Kartons verschiedener Größe (40-250 Stück) abgepackt werden. Mit dieser Anlage wird der gesamte Abpackprozess automatisiert, was dem Unternehmen – je nachdem, was für eine Verpackung der Kunde wünscht – eine Produktivitätssteigerung von 15-120 % in diesem Tätigkeitsbereich einbringt.

Die Einrichtung eines integrierten Information-Warehouse- und Rückverfolgbarkeitsmanagement-Systems war ebenfalls Bestandteil der Investition.

Gesamtkosten:
294 183 EUR
EU-Beitrag:
202 885 EUR

Vorteile für den Kunden

Neben der Modernisierung der Fertigung in der Fabrik hat die Investition dazu beigetragen, die Gesamtqualität des Endprodukts zu verbessern. Das gibt dem Unternehmen die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen und seine Produkte an ausländische Kunden mit hohen Standards zu vertreiben, beispielsweise an Supermarktketten und Großhändler, bei denen oftmals besondere Kennzeichnungsanforderungen bestehen.



Seit der Installation der Anlagen hat Matrix seine Exportbasis verbreitert. Im Jahr 2011 belieferte das Unternehmen noch 14 Kunden im Ausland. Bis 2014 – das Jahr, in dem das Investitionsprogramm auslief – war diese Zahl auf 63 gestiegen. Matrix konnte 2015 seine Exportleistung weiter verbessern und belieferte insgesamt 88 ausländische Kunden in 25 Ländern.

▶ MEHR DAZU
<http://www.matrixpack.gr>

TERMINE

12.-13. MAI

Dubrovnik (HR)

Erstes Forum der Strategie der Europäischen Union für den adriatisch-ionischen Raum (EUSAIR)

1.-2. JUNI

Brussels (BE)

„Smart Region“-Konferenz

16.-17. JUNI

Sofia (BG)

7. Europäische Evaluierungskonferenz

Ergebnisorientierung: Kohäsionspolitik in der Praxis

10.-13. OKTOBER

Brussels (BE)

Europäische Woche der Regionen und Städte (einschl. RegioStars-Verleihung)

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda der regionalpolitischen Veranstaltungen“:

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/events/

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG

 http://ec.europa.eu/regional_policy/de/

 www.twitter.com/@EU_Regional

 www.yammer.com/regionetwork
Kollaborationsplattform der GD REGIO

 www.flickr.com/euregional

 Tragen Sie sich für unseren „REGIOFLASH“ ein
www.inforegiodoc.eu

 www.twitter.com/CorinaCretuEU



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Ana-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brüssel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/

